

Krakauer Zeitung.

Nr. 11.

Samstag, den 14. Jänner

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon-

9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr für den Raum einer vierseitigen Zeitung für die erste Einrückung

IV. Jahrgang.

nementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit

7 fl. für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 20 Nkr. — Insertions-

stellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. Jänner 1860 begann ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1860 beträgt für Krakau 4 fl. 20 Nkr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nkr. für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 8. Jänner d. J. dem Verweser des f. f. Güsen- und Sahlwertes in Cibawohl, Joseph Mitter v. Hämpe, in Anerkennung der Verdienste um Emporbringung des seiner Leitung untervertratenen Werkes den Titel und Charakter eines Ober-Vergräther taxfrei allernädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. Jänner d. J. den Canonicus theologum am Sekauer Domkapitel, wirklichen Konsistorial- und Chorgerichtsrath, dann Kreidechant Dr. Johann Niedl, zum Prostos und Hauptstiftspfarrer zum heiligen Blute in Grab allernädig zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Hofrat bei dem Ober-Landesgerichte in Prag, Joseph Aull, als Ritter des kaiserlichen Österreichischen Leopold-Ordens, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Mittelstand des Österreichischen Kaiserreiches allernädig zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 10. Jänner d. J. dem kaiserlichen Landrichter, Maximilian v. Wittenberg zu Siubach, das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allernädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. Dezember v. J. die Auflösung der Urbarialgerichte I. Instanz in Szegedin und Szolnok im östlichen Verwaltungsgebiete und Vereinigung derselben mit dem Urbarialgerichte I. Instanz in Keiskemet allernädig zu genehmigen und anzurufen geruht, daß diese Maßregel mit 1. Februar 1860 in Wirksamkeit trete.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. Dezember v. J. zu gestatten geruht, daß dem Präses des Komitätsgerichtes in Keiskemet, Justin v. Urbanovsky, und dem Präses des Komitätsgerichtes in Szegedin, Ludwig v. Nagy, anlässlich ihrer Erhebung von dem gleichzeitig verehenen Präsidium des Urbarialgerichtes für die mehrjährige unentgeltliche eifige Besorgung dieses leichten Dienstpostens der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. Dezember v. J. den bisherigen Präses des aufgelassenen Urbarialgerichtes in Szolnok, Ludwig v. Dobofy, unter Belassung seiner Eigenschaft und der bisherigen Bezüge die Leitung des Urbarialgerichtes I. Instanz in Keiskemet allernädig zu übertragen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. Jänner d. J. die Wahl des Grafen Emerich Mito zum Vorstande und des Grafen Nikolaus Lazar zum Vice-Vorstande des Siebenbürgischen Museumsvereines zu bestätigen geruht.

Auf Antrag der zur Prüfung mehrerer nachträglich eingebroten Taxifeilets-Zeugnisse im Hauptquartier der II. Armee beweisen Kommission wurde den beiden Grenadiere, Benedikt Wazin und Peter Guggi, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Prohaska Nr. 7, für ihren in der Schlacht bei Solferino am 24. Juni 1859 bewiesenen besonderen Mut und Tapferkeit die silberne Taxifeilets-Medaille zweiter Klasse verliehen.

Am 12. Jänner 1860 wurde in der f. f. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LXV., LXVI. und LXVII. Stück der ersten Abtheilung des Landes-Regierungsbüchters für das Erzherogthum Österreich unter der Enns als Nachtrag zum Jahrgange 1859 ausgegeben und versendet.

Das LXV. Stück der ersten Abtheilung enthält unter Nr. 227 das kaiserliche Patent vom 20. Dezember 1859, womit eine Gewerbe-Ordnung für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme des Venetianischen Verwaltungsgebietes und der Militärgrenze, erlassen und vom 1. Mai 1860 angesetzt in Wirksamkeit gesetzt wird.

Das LXVI. Stück der ersten Abtheilung enthält unter Nr. 228 die Inhaltsanzeige der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 21. Dezember 1859, wirksam für die Venetianischen Provinzen, betreffend die Ausschließung der mit Militärcaracter ausgetretenen Offiziere von der Gemeindevertretung;

Nr. 229 den Erlass des Finanzministeriums vom 23. Dezember 1859, über Änderungen in der Aufstellung mehrerer Amter am unteren Po;

Nr. 230 den Erlass des Finanzministeriums vom 25. Dezember 1859, betreffend einige Änderungen der Bollbestimmungen für Farb- und Garbstock-Extrakte, für Eisen, gemeine Seidenware und Eisenbahnen;

Nr. 231 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 25. Dezember 1859, betreffend das Gesetz über das Chorherrt und einen Gesetzentwurf über die allgemeine Wehrpflicht mit

den nötigen finanziellen Vorlagen. Der Prinz-Regent sagt hierbei unter Anderem, es sei nicht die Absicht, mit dem Vermächtniß einer großen Zeit zu brechen. Die preußische Armee werde auch in Zukunft das preußische Volk in Waffen sein. Es sei die Aufgabe, innerhalb der durch die Finanzkräfte des Landes gezogenen Grenzen die überkommenen Heeres-Verfassung durch Verjüngung ihrer Formen mit neuer Lebenskraft zu erfüllen.

In Bezug auf den Brief Louis Napoleons an den Papst, meint die „N. P. Z.“ es ist doch in der That eine großartige Zumuthung, die Angelegenheit dadurch für erledigt zu halten, daß er auf die Romagna verzichte und sich den Rest seines Besitzes garantiren lasse! Ist denn die Romagna ihm jetzt nicht garantiert? und garantiert von allen Mächten? Und wenn er diesen Landesteil an die Revolution abtritt, werden die anderen Provinzen dann nicht in dieselbe Bahn gelockt werden? und was würde dann diese neue Garantie gelten, wenn die jetzt bestehende für nichts gilt? Wahrlich, wer noch glauben könnte, daß die italienische Revolution gesäßtig sein würde, wenn man ihr den Appetit reizte durch Überlastung der Romagna, der — doch glaubt's in Wahrheit auch Niemand! Die Revolution wird ihre Wege weiter ziehen.

Der Pariser Correspondent vervollständigt und berichtet seine frühere Mittheilung in Betreff Savoyens und Nizza's dahin, daß die Abtretung dieser sardinischen Provinzen an Frankreich nicht etwa durch die separatistischen Bewegungen und Anstrengungen angebahnt werden soll, sondern daß sie der Gegenstand des diplomatischen Uebereinkommens zwischen Frankreich und Piemont ist. Der König Victor Emanuel habe sich ausdrücklich verbindlich gemacht, die Provinzen an Frankreich abzutreten; nichts desto weniger sei es wahrscheinlich, daß man ein Uebriges thun und eine Volksabstimmung in Savoyen und Nizza anordnen wird. Jedenfalls werde dies in den mittelitalienischen Herzogthümern und in der Romagna geschehen; die Nationalversammlungen werden von Neuem über die Einverleibung in Piemont beschließen, und es sei ausgemacht, daß der König von Sardinien diesmal den erwarteten Einverleibungsbeschlus annehmen wird. Der

deutsche Liberalismus hat sich wieder einmal verfahren; er meinte etwas sehr Geschiedtes zu thun, indem er erwähnt des Friedensabschlusses nach den Präliminarien von Villafranca, und daß auf gemeinschaftliche Einladung Österreichs und Frankreichs Preussen sich bereit erklärte zur Theilnahme am europäischen Kongresse, welcher die geeignesten Mittel für die Verwigigung Italiens und für die dauernde Consolidirung seiner staatlichen Zustände erwägen soll. Der Wunsch nach der Reform der deutschen Bundesverfassung habe sich neuerdings vielfach kundgegeben. Preussen werde sich stets als natürlichen Vertreter des Strebens ansehen, durch zweckentsprechende Institutionen die Kräfte der Nation zu heben und zusammenzufassen, sowie durch Maßregeln von wahrhaft praktischer Bedeutung die Gefamtheit deutscher Interessen wirksam zu fördern. Die Regierung wird vom Wunsche geleitet, die Täglichkeit der deutschen Bundesversammlung in ihrem Verhältniß zu den Verfassungen der Einzelstaaten sich auf das genaueste Maß ihrer competenzmäßigen Wirksamkeit beschränken zu sehen, sie hat sich daher auch in der hessischen Verfassungsangelegenheit verpflichtet erachtet, das Zurückgehen auf die Verfassung von 1831 unter Beseitigung der darin enthaltenen bundeswidrigen Bestimmungen auf weiter Basis gegenseitiger Vortheile von uns bereits mitgetheilt. (D. Red.) Sie sagt ferner, England würde das Recht der päpstlichen Besitzungen nicht garantiren. England empfahl den Mächten den Anschluß Central-Italiens an Piemont. Sollte eine neue Abstimmung gefordert werden, dann vertheidigt England das Prinzip, daß, falls das Votum für ein Königreich Central-Italien ausfällt, kein Familiennmitglied der Großmächte den dortigen Thron besteige.

Die „Morning-Post“ vom 12. d. schreibt, es seien Unterhandlungen zwischen Frankreich und England angeknüpft zum Abschluß eines Handelsvertrages auf weiter Basis gegenseitiger Vortheile von uns bereits mitgetheilt. (D. Red.) Sie sagt ferner, England würde das Recht der päpstlichen Besitzungen nicht garantiren. England empfahl den Mächten den Anschluß Central-Italiens an Piemont. Sollte eine neue Abstimmung gefordert werden, dann vertheidigt England das Prinzip, daß, falls das Votum für ein Königreich Central-Italien ausfällt, kein Familiennmitglied der Großmächte den dortigen Thron besteige.

„Das Recht und der Congres“ heißt eine Broschüre, welche vor einigen Tagen als Entgegnung auf die berüchtigte Schrift „Papst und Congres“ in Wien bei Manz erschienen ist. Der Verfasser stellt sich ganz auf den Standpunkt des Staatsrechts und widerlegt von diesem ausgehend die einzelnen Momente der Broschüre, welcher er die gleichnerische Hülle entzieht und sie Stück für Stück in ihrer Richtigkeit darstellt. Das Ganze athmet einen Geist der freien Anschauung und des liberalen Fortschrittes.

Die russischen Blätter der Hauptstadt behandeln die Pariser Macquard'sche Broschüre gegen den Papst nur flüchtig, obwohl im Ganzen auffindend; allein der Hand der Kommunen gelegen wäre, den Israeliten

der „Invaliden“ widmet ihr einen langen, lobenden Artikel. Auch die Nationalitätenfrage wird wieder in der alten Weise berührt. Ob, bemerkt die „N. P. Z.“ ganz richtig, das amtliche Arme - Organ derselben Ansicht wäre, wenn sich Louis Napoleon morgen genau in derselben Weise für 1) Finnland, 2) Polen, 3) Ostsee-Provinzen, 4) Polynien, 5) Tscherkessien, 6) Georgien, 7) Armenien, 8) Tatarei, 9) Mongolei, 10) Sibirien, 11) Turkmenen und 12) China interessire? Der „Invaliden“ und mit ihm so manche andere Stimmführer in Russland scheinen zu vergessen, daß Petersburg selber auf fremdem Boden steht. Das Land, in welchem Peter seine Hauptstadt erbaute, ist bis auf den heutigen Tag von den tatarisch-ugrischen Finnen und Esten bewohnt.

„Die dänische Regierung hat nach dem „H. C.“ neuerlich eine Depesche an die fremden Höfe gerichtet, welche die beabsichtigte Ernennung des Prinzen Christian, zum Gouverneur von Holstein, zum Ausgangspunkt nimmt. Die Depesche gibt zu, daß Holstein nicht in allen Beziehungen in Kopenhagen den Mittelpunkt seiner Interessen finden könne, sondern daß es sie und da Interessen zu pflegen habe, die nur eine im Lande selbst befindliche Regierung jederzeit richtig und vollständig zu würdigen in der Lage sei; diesen Interessen Rechnung zu tragen, habe man die Einsetzung eines Gouverneurs für Holstein beim König beantragt, und durch die Berufung der Person des Chronfolgers auf diesen Posten dem Lande gleichzeitig einen Beweis und ein Pfand des Vertrauens und des persönlichen Entgegenkommens bieten wollen. Es sei leider nicht gelungen, den Prinzen zur Annahme der ihm zugesuchten Mission zu bewegen, aber die Regierung habe darum auf die Absicht, der selbständigeren Stellung des Herzogthums auch nach Außen hin einen Ausdruck zu verleihen, noch nicht verzichten zu müssen geglaubt, und werde sich jetzt der Erwägung unterziehen, inwiefern die Wiedereinführung einer gesonderten holsteinischen Provinzial-Regierung als thunlich und erspriesslich erscheine. (Eine gesonderte Provinzialregierung bleibt immer nur eine Scheinconcession, solange Holstein den Majoritätsbeschlüssen des dänischen Reichstages machtlos preisgegeben ist).

Der hawaiische Generalconsul in London erklärt in den „Times“, daß die über New-York gekommene Nachricht von der Abdankung des Königs der Sandwicheinseln irrig sey. Kamehameha IV. habe nur für den eventuellen Fall einer Thronerledigung einen seinen Sohne zu seinem Nachfolger ernannt.

Wie aus Singapur, 6. Dec., gemeldet wird, war das Kabeltau zwischen dort und Batavia glücklich gelegt worden.

Sitzung der Commission zur Berathung der im Eemberger Verwaltungsbereiche einzuführenden Gemeindeordnung vom 30. November. (Fortsetzung.)

§. 53. „Als Vertreter oder Bevollmächtigte können nur eigenberechtigte österr. Staatsbürger männlichen Geschlechtes, denen keines der im §. 51 angeführten Hindernisse entgegensteht, bestellt werden, es darf jedoch kein Vertreter oder Bevollmächtigte bei einer Wahlhandlung mehr als einen Stimmfähigen vertreten.“

Die Paragraphen 49—53 wurden in der vom Referenten beantragten Fassung ohne Debatte einstimmig angenommen.

§. 54. „Wählbar zu einer Stelle in der Gemeindevertretung sind diejenigen stimmberechtigten Gemeindeglieder männlichen Geschlechtes, welche:

a) österreichische Staatsbürger sind,
b) das 30te Lebensjahr zurückgelegt haben,
c) in der freien Verwaltung ihres Vermögens stehen,
d) seit einem Jahre an direkten Steuern den zur Ausübung des Stimmrechtes vorgeschriebenen Betrag entrichtet haben, und

e) wenn sie der christlichen Religion nicht angehören, das städtische Bürgerrecht besitzen.

Der Referent bemerkte, daß von der Mehrheit der Komitee-Mitglieder der Beschluss gefasst worden sei, den Israeliten die Wählbarkeit in die Gemeindevertretung nur dann zuzugestehen, wenn sie das Bürgerrecht förmlich erworben haben.

Gegen diesen Beschluss machte Referent geltend, daß hiervon die Israeliten von der Gemeindevertretung gänzlich ausgeschlossen wären, weil es in der Gegenwart keine solche Israeliten giebt, die das Bürgerrecht besitzen und weil es auch für die Zukunft in der Hand der Kommunen gelegen wäre, den Israel

n die Verleihung des Bürgerrechtes zu gewähren oder zu versagen, während durch die große Menge der Israeliten, die sich besonders in Städten dicht angehäuft befinden, auch eine Vertretung derselben in dem Verwaltungsgesetz der Kommune fordern.

Nachdem mehrere Kommissionsglieder in dieser Fragenangelegenheit das Wort genommen hatten, wurde über Umfrage des Präsidiums beschlossen, daß zwar eine Beschränkung der Israeliten bezüglich der Zulassung in die Gemeindevertretung allerding notwendig, jedoch der von dem Komitee beantragte Zusatz: „wornach die Israeliten in die Gemeindevertretung nur dann wählbar sein sollen, wenn sie das Bürgerrecht erworben haben“ hinwegzulassen sei.

Das von einem Kommissionsgliede gemachte Amtsenthebung: „die Israeliten seien in die Gemeindevertretung nur dann zuzulassen, wenn sie einen zehnjährigen Besitz und ferner nachweisen, daß sie von dem Besitz das doppelte des, im §. 50 festgestellten Census an Steuer entrichten“ blieb in der Minorität.

Über die von dem Referenten gemachte Bemerkung, daß von der Beschränkung bezüglich der Wahlfähigkeit der Israeliten in die Gemeindevertretung der nächstfolgende Paragraph 55 handle, wurde die in dieser Beziehung schwedende Debatte unterbrochen und zur punktmässigen Würdigung der im §. 54 für die Wählbarkeit aufgezählten Erfordernisse übergangen.

Gegen das Erfordernis ad a der österr. Staatsbürgerschaft wurde von einem Kommissionsmitgliede der Gegenantrag, daß die österreichische Staatsbürgerschaft nicht als Erfordernis vorzuzeichnen wäre, eingefügt, welcher jedoch in der Minorität blieb.

Auch der gegen das Erfordernis ad b (das 30ste Lebensjahr) eingebrachte Gegenantrag, daß schon das 24ste Lebensjahr als genügend zu erklären sei, blieb in der Minorität.

Bezüglich der Erfordernisse ad c und d wurde keine Gegenbemerkung gemacht und sonach der §. 54 in der vom Referenten beantragten Fassung durch Stimmenmehrheit angenommen.

§. 55. „Die Wählbarkeit wird zwar an ein bestimmtes Religionsbekenntniß nicht geknüpft, es darf jedoch die Zahl der Gemeindevertreter israelitischer Religion in der Stadt Brody die Hälfte und in den übrigen Städten ein Drittel der Gesamtzahl der Gemeindevertreter nicht übersteigen. Ist die Zahl dieser Gemeindevertreter durch 2, beziehungsweise 3 ohne Rest nicht teilbar, so ist der verbliebene Rest der Zahl der Gemeindevertreter christlicher Religion zuzuschlagen.“

Von einem Kommissionsgliede wurde der Gegenantrag gestellt, die Zahl der israelitischen Gemeindevertreter in Brody mit $\frac{1}{3}$ und in den andern Städten mit $\frac{1}{4}$ des angegebenen Maßstabes fest zu setzen, der jedoch bei der Abstimmung in der Minorität blieb, nachdem vom Referenten darüber bemerkt worden war, daß weil sich in Brody die christliche zur israelitischen Bevölkerung wie 5039 zu 14.286 verhalte, die Wahl von $\frac{1}{3}$ der Gemeindevertretung in Brody aus der christlichen Bevölkerung daselbst wohl nicht leicht ausführbar sein dürfte.

Bei der vom Vorsitzenden über den §. 55 veranlaßten Abstimmung wurde dieselbe in der, vom Referenten vorgeschlagenen Fassung angenommen.

§. 56. „Von der Wählbarkeit ausgenommen sind:

- a) Die vom Stimmrechte ausgenommenen Personen,
- b) Militärpersonen überhaupt und die mit Beibehaltung des Militärcharakters ausgetretenen Offiziere,

c) die beförderten Beamten und die Dienner der Gemeinde solange sie sich im wirklichen Dienste derselben befinden. Ausgeschlossen sind: 1. Die vom Stimmrechte ausgeschlossenen Personen. 2. Diejenigen, gegen welche wegen einer an die Gemeinde schuldigen Zahlung oder persönlichen Leistung Erekutionsschritte im Zuge sind. 3. Jene, die mit der Rechnungslage über eine von ihnen geführte Verwaltung eines Gemeindevermögens oder einer Gemeindeanstalt nach Ablauf der zur Vorlegung der Rechnung festgesetzten Frist sich im Rückstande befinden.“

§. 57. „Zum Behufe der Wahl der Gemeindevertreter werden die stimmberechtigten Gemeindeglieder in 3 Wählerklassen gereiht u. z. in die 1. Wählerklasse die Eigentümer oder lebenslängliche Nutznießer des innerhalb der Gemarkung der Stadtgemeinde gelegenen Grund- oder Hausbesitzes. 2. Wählerklasse diejenigen welche eine ständige örtliche Handels- oder andere Gewerbsunternehmung d. i. eine solche erwerbspflichtige Unternehmung ausüben, welche entweder ausschließlich in der Stadt betrieben wird, oder für welche der Sitz der Geschäftsführung sich in der Stadt befindet. Dritte Wählerklasse: alle übrigen stimmberechtigten.“

§. 58. „Die Gesamtzahl der Gemeindevertreter, welche von den stimmberechtigten zu wählen sind, hat zu umfassen:

a) Die Zahl der im Gemeinderath unbefestigten aber durch den bevorstehenden Austritt einzelner Glieder sich eröffnenden Stellen;

b) Jene der unbefestigten oder zur Erledigung gehörenden Stadtverordneten.

c) Die Zahl der Erfahrmänner, dieselbe ist mit einem Drittheile jener der Gemeinderäthe und Stadtverordneten zu bestimmen.“

§. 59. „Die von den stimmberechtigten zu wählende Zahl der Gemeindevertreter wird auf die drei Wählerklassen mit Rücksicht auf die für jede derselben entfallende Steuersumme verteilt.“

§. 60. „In Städten, denen die kaiserliche Bewilligung ertheilt wird, daß ein Theil der Gemeindevertreter von der städtischen Bürgerschaft als Körperschaft oder von einer andern Korporation, außer den §. 49.

3. bemerkten Fällen benannt werde, sind die von diesen Körperschaften ernannten Gemeindevertreter von der auf die Wählerklassen zu vertheilenden Anzahl Gemeindevertreter in Abzug zu bringen.“

§. 61. „In jeder Wählerklasse können nach Erfordernis mit Rücksicht auf die Zahl der dahin gehörigen stimmberechtigten auf die Zahl der durch die Wählerklasse zu bestellenden Gemeindevertreter und auf die Größe des Abstands zwischen den Steuerschuldigkeiten der einzelnen stimmberechtigten drei oder zwei Wahlkörpern derart gebildet werden, daß auf jeden derselben ein gleicher Anteil der Gesamtsteuerschuldigkeit sämtlicher zur Wählerklasse gehörigen stimmberechtigten zu entfallen hat.“

Die §§. 56 und 61 wurden ohne Debatte einstimmig angenommen und hiemit die Sitzung geschlossen. (Fortsetzung folgt.)

Wratislaw war kürzlich erkrankt, befindet sich jedoch wieder auf dem Wege der Besserung. Vorigen Dienstag erhielt der Herr Feldmarschall einen unerwarteten Besuch von Sr. Majestät dem Kaiser.

An den Clerus der Wiener Erzdiözese ist die Beisitzung ergangen, daß es bis zur Festsetzung des Zeitpunktes, von welchem an das fürsterzbischöfliche Ordinariat die Leitung der Kirchenvermögens-Verwaltung übernehmen wird, bei der bisherigen Geistlichen zu verbleiben und die Kirchenrechnungen für das Jahr 1859 im Wege der Decanate an die k. k. Staatsbuchhaltung einzufinden sind. Neuestens bringt man die Anwesenheit der Suffragan-Bischöfe von Linz und St. Pölten mit dieser Angelegenheit in Verbindung.

In der am 10. d. stattgehabten Monatsversammlung des niederösterreichischen Gewerbevereins wurden als Fachmänner zur k. k. Immediat-Commission für die Reform der directen Besteuerung gewählt: die Herren Joseph Reckenschuh und Gustav Rosthorn. Ferner wurde eröffnet, daß dem bei dem hohen k. k. Ministerium des Innern gestellten Antrage des niederösterreichischen Gewerbevereins in dem Musterschuh-Gesetz Änderungen vorgenommen, welche Folge gegeben ist. Das Gesetz wird sonst neuert. Ein Antrag des Professors Stubenrauch, das k. k. Ministerium des Außenfern durch eine Deputation zu ersuchen, daß zur Sicherheit des Privateigentums die Bremer Resolutionen angenommen werden, fand einstimmige Billigung. Zur Ausarbeitung des Statutenentwurfes für die neuen gewerblichen Genossenschaften wurde eine Commission bestimmt.

Die Führung der Verlassenschafts-Urhandlungen, mit welcher bis jetzt die bezüglichen Gerichte betraut sind, soll nach einer Notiz des „Dest. Volksf.“ den Notaren übertragen werden; bisher wurden die letzten blos zu einzelnen Amtshandlungen im Verfahren außer Streitsachen von dem Gerichte delegiert.

Die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 31. October 1857 mit Rücksicht auf den durch den Zürcher Friedensvertrag veränderten Stand. Denselben zufolge beläuft sich die Bevölkerung Österreichs mit Einschlusse des k. k. Militärs auf nahe 35 Millionen (34.987.964) Individuen, welche sich auf 11.240 österreichische Quadratmeilen, in 69.518 Wohnorten, in 5.406.907 Wohngebäuden und in 7.577.595 Haushaltungen verteilen. Galizien (östl. und westl.) zählt auf 1.360.000 D. M. in 6.590 Wohnorten und 760.181 Wohnhäusern eine effective Bevölkerung von 4.597.470.

Deutschland.

In der Bundestagsitzung vom 12. d. erstattete der Militariausschuss Bericht über den Würzburger Küstenbefestigungsantrag. Die Abstimmung ist auf Preußens Antrag 14 Tage ausgekehlt.

Den preußischen Ansichten und Vorschlägen in Sachen der Kriegsverfassung, deren Grundzüge wir schon vorgestern mitgetheilt haben, werden in Beichten aus Frankfurt geringe Chancen in Aussicht gestellt. Die Mittelstaaten werden allem Anschein nach die von dem preußischen Militair-Bewollmächtigten am Schlusse der Bundes-Militair-Commission gestellten Prädiktionsfragen in keinem ernsten und praktischen Reform günstigen Sinne beantworten. Sie werden, wenn man Ausserungen ihrer Vertreter glaubt, weder der Erhöhung des Präsenzstandes und des Procentsakes der Contingente zustimmen, noch der Abschaffung der §§. 5 usw. der Kriegsverfassung und dem Wegfall des Bundesfeldherren, noch endlich der preußischen Ansicht, daß auf den durch die Natur der Dinge gegebenen, gewöhnlich zwei verschiedenen Kriegstheatern die nach einheitlichem Systeme zu formirenden Armeen durch die beiden Großmächte zu befehligen sein würden, obgleich wie früher in den Seiten der Gefahr mehrere Mittelstaaten eine solche Combination begünstigt hatten.

Am 9. d. haben in Berlin im Gebäude des Kriegsministeriums die Conferenzberathungen über die Sicherung der norddeutschen Küste gegen Kriegsgefahr ihren Anfang genommen. Von Seiten Hannovers ist ein Bewollmächtigter zur Theilnahme an denselben nicht erschienen. Zur wirklichen Unterstützung der Vertheidigung der Nordseeküste soll die preußische Festung Minden zu einem Waffenplatz ersten Ranges erhoben werden.

Die „Neue Preuß. Ztg.“ spricht sich über das Programm aus, das die konervative Partei in Preußen auf dem Landtage aufstellen und vertreten müsse. Als Hauptpunkt dieses Programms nennt sie: „Ablehnung der Civil-Ehe; Ablehnung einer liberalen Kreis- und Gemeinde-Ordnung; Vernebung einer lediglich auf den Thaler basirten Stadtverfassung und Wahlordnung; Zurückweisung der Grundsteuer-Ausgleichung; Bemängelung des Presfgesetzes; Billigung der Armee-Organisation und der Schul-Regulative.“ Die „Fortschegung der Opposition gegen alle liberalen Experimenten“ bezeichnet sie als eine „unabewiesliche“ Pflicht der conservativen Partei.

Die Reise Sr. Majestät der Königs von Bayern nach Spanien, schreibt man der „K. B.“ aus München, wäre beim he nicht unternommen worden, obwohl ihre Ausführung sich auf ärztliche Anordnung bezog. In Paris ist nämlich (wie schon erwähnt), eine neue Broschüre erschienen: „Deutschland und der Kongress“, in welcher sich eine aggressive Politik gegen Preußen und natürlich gegen ganz Deutschland geltend macht. Dieses Pamphlet verursachte keine geringe Bestürzung am hiesigen Hofe. Inzwischen erhielt man daselbst beruhigende Aufklärung, und die Reise wird dieser Tage von Sr. Majestät angetreten, was auch hiesige Localblätter vom Gegentheil berichten mögen.

In der hannoverischen zweiten Kammer fand am 7. die Wahl für die Petitionscommission statt, welche die einlaufenden Petitionen, deren viele über

die neue Organisation in der Justiz und Bev. waltung klagen, zu prüfen hat. In diese Commission wurde nun nebst zwei andern Mitgliedern der Rechten der Minister des Innern selbst, Hr. von Borries, gewählt. Die Linke erhob darüber einen gewaltigen Sturm. Hr. von Bennington nannte es unerhört in der ständischen Geschichte, daß man einen Minister in die Petitions-Commission wähle und gerade den Minister, über dessen Maßregeln sich die einlaufenden Petitionen be schweren.

Am 10. d. hat die Erste badische Kammer ihre Tätigkeit wieder begonnen. Bezüglich der Convention mit dem päpstlichen Stuhle beschloß die Kammer, eine Commission von 5 Mitgliedern in nächster Sitzung zu erwählen. Die Freiherren v. Stozingen und Kettner hatten eine solche nicht für nothwendig erklärt, weil für sie geeignete Vorlagen nicht gemacht seien, dagegen hatte Minister v. Stengel den Wunsch geäußert, daß diese hochwichtige Frage nach allen Seiten hin berathen werden möge und ohnehin noch Vorlagen der Ersten Kammer zugehen werden, von welchen doch Vicepräsident Stabel glaubte, das letztere wohl auf diesem Landtage nicht mehr geschehen würde. Legationsrat v. Uria wird in der Kammer als Regierungs-Commissar das Concordat vertheidigen. In den zwei Kammern wird dabei der erste Vicepräsident Scharr präsidieren. Als die hervorragendsten Redner für das Concordat werden Präsident Junghans und die Abg. Pressnari, Regenauer, Roschirt und Walli genannt.

Contre-Admiral Brommy, weiland Befehlshaber der unter den Hammer gebrachten deutschen Flotte ist im 56. Lebensjahr zu St. Magnus bei Lesum nach langen Leiden gestorben.

Nach einer jetzt amtlich publicirten Übersicht der in Folge der Pulver-Explosion zu Mainz vom 18. November 1857 eingegangenen Unterstützungen betragen die Gaben 803.797 fl. 27 kr., darunter 46.836 fl. 37½ kr. aus dem Großherzogthum und 33.083 fl. 55 kr. aus der freien Stadt Frankfurt. Besonders reichlich gingen die Gaben aus Österreich ein, die allein 306.109 fl. 11 kr. betrugen. Dazu kommen noch über 600 fl. an Bissen von angelegten Geldern ic., so daß die Gesamtsumme der Einnahme 809.163 fl. 51 kr. beträgt, wozu weiter noch nachträglich 388 fl. 40 kr. aus Österreich kamen. Die Einnahme wurde zu Mobilz., Immobiliar-, Michwerth-Entsättigungen, Unterstützungen, Leibrenten ic. verwendet.

Frankreich.

Paris, 10. Jänner. Heute Nachmittag fand im Tuilerienhofe und auf dem Carrousel-Platz eine große Revue über die Garde-Truppen und ein Linien-Regiment zu Ehren des Prinzen von Oranien statt. Die Kaiserin und ihre Damen sahen der Revue vom Balkon der Tuilerien zu, der kaiserliche Prinz aber wohnte derselben und zwar zum ersten Male zu Pferde bei. Er ritt ein ganz hübsches Pferdchen, trug seine Gorps-Uniform und wurde von den Truppen mit Beifall begrüßt. Bei dem Defile hatte der Kaiser zu seiner Rechten den Prinzen von Oranien und zu seiner Linken seinen Sohn. — Man spricht von strengen Ordres bezüglich der Überwachung der legitimistischen und klerikalen Blätter in den Departements. — Die „Gazette de France“ hat heute Abends eine Verwarnung wegen mehrerer Artikel über die römische Frage erhalten. — Die „Patrie“ enthält folgende Mitteilung: „Man spricht seit einigen Tagen von einer ultramontanen Broschüre des Herrn Thiers. Genaue Kenntnis über diesen Punkt fehlt uns; wenn aber in der That diese Broschüre erscheinen sollte und wenn sie in dem Geiste geschrieben ist, den man ihr zuschreibt, so schlagen wir vor, unter den Namen des Verfassers die Worte zu sehen: Geschichtschreiber der französischen Revolution und Nationalgardist, der das Gewehr im Arm, der Verwüstung der Kirche St. Germain-l'Auxerrois beigebracht hat.“ — Heute Abends oder morgen früh wird eine Broschüre von Villemain erscheinen. Der Titel deutet auf ein sehr weites Subjekt hin. Es heißt: „Le Pape, la France et l'Europe au point de vue du droit“ und ist gegen die anonyme Broschüre: „Le Pape et le Congrès“ gerichtet. — Fürst Talleyrand-Périgord ist von hier auf seinen Gesandtschaftsposten nach Turin abgegangen; er geht über Nizza, um der dort erkrankten Großherzogin Stephanie einen Brief des Kaisers zu überreichen. — Als Nachfolger Thouvenel's in Konstantinopel nennt man den gegenwärtigen Gesandten in Madrid, Adolf Barrot, und auch den früheren Polizei-Minister und ehemaligen Gesandten in Neapel, Maupas; indessen wird die bestimmte Wahl vor Thouvenel's Ankunft nicht erfolgen. Der Kaiser hat den Grafen Walewski ersucht, seine nach Deutschland beabsichtigte Reise vor der Hand noch aufzuschieben. — Lord Cowley ist gegen alles Erwarten aus London zurückgekehrt.

Ein Artikel des gestrigen „Constitutionnel“ gegen die kirchlichen Wohlthätigkeitsgesellschaften hat hier kein geringes Aufsehen erregt; denn man befürchtet, ihn als Vorläufer von Maßregeln gegen die zahlreichen Wohlthätigkeitsvereine betrachten zu müssen, auf welche das offizielle Blatt den Verdacht wirft, sie wollten sich zu Werkzeugen einer klerikalen Agitation gegen die Regierung zu Gunsten des Papstes machen lassen. Der „Constitutionnel“ droht zwar noch nicht mit einer regelmäßigen Procedur, aber er droht mit dem radikal „Sécular“, wie mit einer Bulldogge, und er gibt deutlich zu verstehen, daß die Regierung kaum im Stande sein würde, dem Gehul derselben Gehör zu verfagen, wenn „die Legitimisten und die Ultramontanen, welche heute versuchen, ihre politischen Leidenschaften unter einem heiligen Vorwande zu verfüllen, und im Namen der Religion agitieren möchten, sich kein Gewissen daraus machen, im Interesse ihrer Projekte die Wohlthätigkeitsvereine bloßzustellen, welche sich

unter dem Schutz des Klerus organisiert haben und sich über den größten Theil des Landes ausbreiten." Sehr klug ist es nicht, in solcher Weise die Besorgnisse zu offenbaren, welche die katholische Partei einzuflößen scheint.

Wir berichteten gestern, was das „Siccle“ gegen die Verleihung eines jährlichen Gehaltes von 100,000 Frs. an die nicht anderweitig besoldeten Mitglieder des kaiserlichen Privat-Rathes einwendete. Heute erwidert der „Constitutionnel“ in einer vom Red. Secr. Bonifac untergeschriebenen Note: „Das Siccle“ erhebt Einwendungen bezüglich des Dekrets, welches den Mitgliedern des kaiserlichen Geheimen Rathes ein Gehalt zuerkannt, wenn sie keine andre vom Staat oder der Civilliste besoldete Funktion ausüben. — Diese Einwendungen beruhen auf einem Irrthum. — Es konnte der Regierung nicht einfallen, die Consequenzen des Decrets vom 5. Januar der Kontrolle des gesetzgebenden Körpers zu entziehen. Die Sanction wird nach den gewöhnlichen Regeln des Gesetzes wegen der Supplementar-Credite von ihm verlangt werden. — Es bleibt dem Staats-Chef überlassen, die Functionen zu schaffen, welche zum Gang der Regierung nötig sind unter Vorbehalt, die finanziellen Verhältnisse gesetzlich regeln zu lassen. Das „Siccle“ betrachtet die Senatorenwürde als ein öffentliches Amt. Bis jetzt hat man eine Würde und ein Amt nicht vermengt, ein Beweis, daß eine solche Vermengung nie bestehend ist, daß die Senatoren so wie der Marschallswürde zuerkannten Emolumente hand in Hand gehen mit der Befolzung aller activen Functionen. Endlich ist es irrg, wenn das „Siccle“ annimmt, daß der Privatrath lediglich mit den Interessen des Souveräns beauftragt sei. Um die Natur und die Nichtigkeit seiner Rolle zu würdigen, genügt es auf die Motive seiner Einsetzung zurückzugehen, wie sie dem Senate am 1. Februar 1851 vorgelegt wurden. Der Kaiser drückt sich in seiner Botschaft folgendermaßen aus: „Folgt der bekannte Text der kaiserlichen Botschaft, wonach der Privatrath zum Regentschaftsrath wird, wenn ein minderjähriger Kaiser zur Regierung gelangen sollte.“ (Der „Kreuzzettung“ schreibt man unter dem 9. d.) Der Kaiser soll beschlossen haben, das Aushebungskontingent von 80,000 auf 100,000 Mann zu bringen. Diese Nachricht hat auch das Fallen der Curse an der heutigen Börse verursacht.

Spanien.

Aus Madrid, 9. Januar, wird telegraphiert: In der Meerenge von Gibraltar herrscht Sturmwetter. Das Heer steht in Torre Cuadros; dasselbe ist auf fünf Tage mit Munition versehen. Die Dampfer folgen dem Marsche der Armee stets zur Seite und bleiben derselben stets in Sicht. Eine spätere Depesche von demselben Tage meldet: Der Sturm, der an der afrikanischen Küste wütete, hat aufgehört. Der Verkehr zwischen Ceuta und Algeciras ist hergestellt. Da die Armee vorgerückt ist, so sieht der Telegraph mit ihr nicht mehr in Verbindung.

Der „Espana“ zufolge muß das Lager auf den Höhen von Contea in der Nähe des Manuel-Flusses, d. h. drei Stunden von Ceuta und fünf Stunden von Tetuan entfernt sein. Bevor man an den Monte-Negro kommt, muß man über den Negro-Fluß gehen. Die Höhe des Monte-Negro ist etwa 1110 Meter über dem Meeres-Spiegel. Nach der Passage des Monte-Negro befindet sich der Ummir-Fluß, dann kommt die Gebirgskette, deren Ende das Vorgebirge des Kap-Negro bildet. Die Mitwirkung der Flotte wird der Armee äußerst nützlich sein, auf dem Marsche auf einem steilen unebenen Terrain. Alles deutet an, daß die Mächte sich auf dem Monte-Negro und in den Siers des Capo-Negro konzentrieren wollen. Die Belagerung von Tetuan wird erst angefangen werden, wenn die Division Rios im Lager del Serralo angekommen sein wird. In der Schlacht vom 2. November bedienten die Mauren sich kanischer Geschosse. Von der Station Cuba wurden 10 Kriegs-Fahrzeuge beobachtet, was andeutet, daß der Krieg nicht bald enden dürfte. Man sagt, daß demnächst alle Provinzen (Reserve-) Bataillone unter die Waffen gerufen werden sollen.

Danemark.

In Kopenhagen vereinigte sich am 7. d. die studirende Jugend der Hauptstadt mit dem Pöbel zu einer Demonstration. Man sang heulend und juchzend durch die Straßen vor das königliche Schloß. Der konnte die Bande nicht einbrechen, wie sie in der Neujahrsnacht gehabt. Von da gings zu Herrn v. Blixen, dem man trotz seiner Insolenz gegen den Thronerben nicht trauen will. Die Polizei ward verböhnt, enthielt sich aber jedes Einschreitens.

Einer Corr. der „P. Z.“ zufolge haben auch am 9. Abends arge tumultuarische Aufstände stattgefunden. Veranlassung hierzu gab das Gerücht, daß der Kommissionair Fogh, der das Stabblatt „Sandbedsfælken“ (die Wahrheitsfackel) herausgibt, eines Artikels wegen, in welchem u. l. gesagt war, daß der Kammerherr Berling im Falle seiner Rückkehr nach Kopenhagen eine besondere Erhöhung, nämlich an einem Laternenpfahl, zu erwarten habe, und daß jeder anständige Bürger sich gern das Vergnügen machen werde, bei dieser Erhöhung Hülfe zu leisten, verhaftet worden sei.

In Folge dessen sammelten sich gegen 8 Uhr Wends Volkshäuser vor der Wohnung des Generals; das Gerücht erwies sich indessen als falsch, und Fogh selbst hielt eine Anrede an die Menge, die, nachdem sie sich auf den Straßen gehörig verstärkt hatte, nach 10 Uhr unter Heulen und Peisen wieder nach der Christiansburg zog, zu welcher indessen die Zugänge abgesperrt worden waren. Die Volkshäuser trieben sich alsdann unter Absingen des Liedes „der tappe Landsknecht“, so wie einiger Spottvers auf die Gräfin Danner, stundenlang in den Straßen umher. Ab und

zu erklang auch der Ruf: „Vereat Blixen-Finecke!“ „Red med Louisianerne!“ („Nieder mit den Louisianern!“) — die Gräfin Danner heißt bekanntlich mit ihrem Vornamen Louise. Schließlich wurden wieder allerlei Excerce verübt, namentlich wurden die Polizisten wo man ihrer vereinzelt ansichtig wurde, gemitschelt. — Am 10. ist endlich eine Bekanntmachung der Polizei publiziert worden, in welcher strenge Maßnahmen gegen die nächtlichen Ruhestörungen „eines übel gesinnten Pöbels“ angekündigt und alle guten Bürger aufgefordert werden, die Polizei in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Auch die vornehmen Klassen machen ihre Demonstrationen gegen die Gräfin Danner. Als dieselbe vor einigen Tagen im Theater in die kleinere Königliche Loge eintrat, erhoben sich sofort alle Damen, die in den gegenüberliegenden Logen Platz genommen hatten, und verließen, unter lautem Seiden der Missachtung gegen die Gräfin, das Theater. Die Gräfin scheute es trotzdem nicht, am folgenden Abende wieder im Theater zu erscheinen, und die Damen im ersten Range machten wieder dieselbe Demonstration, obwohl die Gräfin sich in Begleitung des Königs, ihres „Gehalts“, befand.

In gut unterrichteten Kreisen erwartet man den baldigen Fall des Kabinetts. Der Exminister Montral der den ganzen Winter in Paris verweilen wollte, ist von seinen Freunden ersucht worden schleunigst zurückzukehren.

Italien

Nach dem eigenen Geständnis der „Lombardia“ bezahlt man in der Lombardie nachdem alle früheren Steuern von der jüngsten Sardinischen Regierung beibehalten sind, nur 28 lire 60 C. auf den Kopf, während in den alten Sardinischen Provinzen 30 lire auf den Kopf entfallen. Und doch früher die fortwährenden Klagen über den unerhörten und unerträglichen Steuerdruck, den die Österreichische Regierung ausgeübt habe!

Ein Dekret Farini's erklärt die Expropriationen in Bologna und Rimini zum Zwecke der Anlage neuer Festungswerke für dringend nothwendig. Prinz Napoleon wird in Nizza erwartet.

Aus Rom, 6. Januar meldet eine (Sel. Dep. des „Nord“): Im heiligen Kollegium sind die Anhänger der Karabinäre getheilt: einige Mitglieder befürworten eine versöhnliche Politik; die Majorität beharrt jedoch auf dem System des unabdingten Widerstandes. Der Papst ist noch unentschieden.

Der spanische Gesandte am päpstlichen Hofe, Herr Nios y Rosas, ist in voriger Woche nach Madrid abgereist. Ob er hierher zurückkehrt, ist fraglich, für den Augenblick ist sein Bruder Don Francisco interistisch als spanischer Gesandter beim heiligen Stuhle bestellt.

Am 28. Dec. war in Neapel im San Carlo-Theater großer Scandal. Das von der Impresa gebotene Schauspiel war schlecht, das Benehmen des Publikums aber noch unwürdiger. Der König, welcher zugegen war, setzte den Ober-Intendanten Satriano-Zito auf der Stelle ab.

Uffien.

Die „Bombay-Gazette“ enthält folgende Mittheilung: Der General-Gouverneur hat in Begleitung Lord Hyde's und eines großen Gefolges einen Umzug durch die Nordwestprovinzen gehalten, um die Fürsten und Vornehmen zu belohnen, welche der britischen Regierung während des Aufstandes treu geblieben sind.

Lackau, Kahnpur, Fettighur und Agra wurden zu dem Zwecke der Reihe nach besucht und Derbars zum feierlichen Empfange der Eingeborenen Häuptlinge abgehalten. Neben den Belohnungen und Belobungen erfolgten auch scharfe Vorwürfe und Mahnungen für diejenigen, welche sich an dem Aufstande betheiligt und ihre Rückkehr zur Unterthanigkeit allzu lange verschoben hatten. Die glänzenden Derbars wurden in Agra abgehalten, wo dem treu gebliebenen, mächtigen Leibmann in den Nordwest-Provinzen, dem Sindhia, Maharadscha von Gwalior, ein überaus festlicher Empfang bereitet war. Die ihm zuerkannten Belohnungen bestehen in der Vergrößerung seines Gebietes um einen 30.000 Est. jährlich einbringenden Landstrich; in der Erlaubnis, sein Heer zu verstärken; in dem Erlaß der Tribut-Rückstände und in der Zusicherung, daß künftig der von ihm zu leistende Tribut bei etwaigen geringeren Erträgen seiner Einnahme in einzelnen Districten ermäßigt werden soll. Von besonderer Bedeutung ist das ihm zugleich anerkannte Recht, sich für den Fall der Kinderlosigkeit seine Erben durch Adoption selbst ernennen zu dürfen, ein Recht, welches auch den Radchas von Teekirach und Rivah und zweien andern Häuptlingen zugestanden worden ist. Dies Recht wird nach alindischem Brauch von allen Häuptlingen in Anspruch genommen, und seine Verweigerung seitens der Engländer hat mehr als einen Radschah aufständisch gemacht.

Amerika.

Die Stelle in der amerikanischen Präsidentenbotschaft betreffs Spaniens lautet: „In meiner letzten Jahresbotschaft gab ich eine Darstellung des unbefriedigenden Zustandes unserer Beziehungen zu Spanien und ich bedaure, daß sie sich nicht wesentlich geändert haben. Ohne besondere Bezugnahme auf andere Schuldforderungen, deren Zahlung von unseren Ministern mit Geschick betrieben worden ist, und woran mehr als hundert unserer Bürger direct betheiligt sind, so sind sie noch immer unerledigt, obgleich ihre Gerechtigkeit und ihr Betrag (128.655 Dollars) von der spanischen Regierung eingeräumt worden sind. Ich brauche die Beweisgründe nicht zu wiederholen, die ich in meiner letzten Botschaft für die Erwerbung Cuba's auf dem Wege redlichen Antrags anführte. Meine Ansicht über diese Maßregel bleibt unverändert. Ich fordere Sie abermals auf, diesem Gegenstande Ihre ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Ohne eine Anerken-

nung dieser Politik wird es fast unmöglich seyn, mit der geringsten Aussicht auf Erfolg Unterhandlungen anzuknüpfen.“ — In Bezug auf Mexico sagt die Präsidentenbotschaft: „Ich muß abermals die ernsthafte Aufmerksamkeit des Congresses auf die unglückliche Lage jenes Freistaates lenken. Gewaltthaten der schlimmsten Art werden gegen Personen und Eigentum begangen. Es gibt kaum eine Form der Unbill, welche unsere in Mexico lebenden Bürger nicht während der letzten Jahre zu erdulden hatten. Wir befanden uns dem Namen nach mit jener Republik in Frieden, aber so weit es auf die Interessen unseres Handels oder unserer Bürger ankommt, die das Land als Kaufleute, Schiffer oder in anderer Eigenschaft besucht haben, hätten wir eben so gut im Kriege mit Mexico begriffen seyn können. Ich empfehle dem Congress, ein Gesetz zu geben, welches dem Präsidenten die Vollmacht erteilt, mit Anwendung von Militärgewalt gegen Mexico vorzugehen, um Schadenersatz für die Vergangenheit und Sicherheit für die Zukunft zu erlangen.“

In der Umgegend von Vera-Cruz dauerten, den letzten Nachrichten zufolge, die Ruhestörungen fort. General Degollado war in jener Stadt angekommen. Marquez war von Miramon unter der Anklage der Infubordination eingekerkert worden. Die Liberalen hatten Tenochtitlan (in der Nähe der Hauptstadt) überfallen und genommen.

Zur Tagesgeschichte.

** Die in unserm vorigestrichen Blatte erwähnte „Brochüre“ welche der kritische Brody-Corr. der Österreichischen Ztg. der Oberflächlichkeit zeigt, ist, wie wir heute in Erfahrung bringen, im polnischen Original nichts anderes, als ein einfacher, schnell hingeworfener Brief des berühmten Historikers aus Brüssel an den Buchhändler Merzbach in Breslau gerichtet, der, in anderer Abschrift geschrieben, deshalb nur beiläufig und willkürlicher Titel: „Die Judenfrage im Jahre 1859,“ in deutscher Übersetzung in Lemberg zum Druck befördert wurde.

** Hier wohl noch im unten stehenden stehende Opernsängerin, Fräulein Schnaittner, wäre in Darmstadt, wie von dorther verlaufen, fast das Opfer einer gemeinen Nachsucht geworden. Sie wurde nämlich beim Nachausein aus dem Theater angefallen und so gefährlich durch einen Messerstich verwundet, daß sie unter bedenklichem Blutverlust zehn Tage lang das Bett hüten mußte. Zweck und Ursache dieses bedauerlichen Vorganges sind unbekannt.

** Aus Mailand wird gemeldet: Curti, der am 16. März 1858 seine Gattin und seinen Schwiegervater auf der Treppen des erzbischöflichen Palastes in Mailand ermordet, aber wegen angeblicher Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen und in ein Irrenhaus gebracht wurde, ist jetzt ganz in Freiheit gesetzt worden, weil man keine Spur von Irren an ihm bemerkte hatte.

** Der Castellan des abgebrannten Stadttheaters in Köln, Math. Deutz, stand am 30. Dezember vor den Schranken des vorläufigen Buchholzgerichts. Bekanntlich war der selbe unbefugt Weise auch Lüftungserwerber; es ist sichergestellt, daß der Theaterbrant mit einer Explosion von Raufen begann, und daß dieses Feuerwerkloch in der Wohnung des Deutz aufbewahrt waren. Deutz wurde deshalb vom Gerichte der Brandverursachung durch Fahrlässigkeit schuldig erkannt und zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurtheilt. Der Verhandlung wohnte ein außerordentlich zahlreiches Publikum bei.

** Gegen den bekannten Berliner Polizei-Director Sieber hat der Staatsanwalt Anklage wegen Mißbrauch der Amtsgewalt erhoben. Nachdem die Anklage vom Gerichte bestätigt wurde, hat Graf Schwerin den Angeklagten suspendirt.

** Wie die „Königl. Ztg.“ in glaubwürdiger Weise vernimmt, ist nunmehr die definitive Entscheidung getroffen, daß die dortige Schiffbrücke nicht beizubehalten, sondern durch eine an deren Stelle zu errichtende Dampfschiffanstalt zu ersetzen sei.

** Am 4. d. beginn in Leipzig eine kleinere, besonders aus Israeliten bestehende Gesellschaft in einem Saale des Hotels de Prusse eine Gedächtnissfeier des Todestages Moses Mendelsohn's. Die ganze Feier war mit in der Absicht veranstaltet, einen Mendelsohn-Verein zu stiften zur Unterhaltung israelitischer Junglinge, welche sich, ohne die nötigen Mittel zu besitzen, der Kunst oder Wissenschaft widmen wollen.

** Der von Dr. Wolger in Frankfurt angeregte Verein für ein freies deutsches Hochstift für Kunst und Wissenschaft zählt bereits an hundert Mitglieder. In einer am 8. d. abgehaltenen Sitzung der Vereins-Mitglieder wurden Prof. Mössner, in Leipzig und Ed. Kolatschek in Wien zu Mitgliedern ernannt. Der Vorsitz ist gestern nach Turin abgereist. Lord Cowley wird wieder nach London zurückkehren.

** Von Dr. Livingstone sind in Manchester interessante Proben von Baumwolle, die im Innern Africas gebaut und gewonnen wird, angekommen. Das Product soll ausgezeichnet und ein Ballen vortrefflich gesponnen Garnes im Gewicht von 16%, Unzen um ungefähr einen Penny (5 Mr.) zu haben sein. Das Thal, wo sich die Pflanzungen befinden, ist gegen 20 (geogr.) Meilen lang und 4 Meilen breit, die Baumwolle geblieben ist überflüssig niederbrennen.

** Die Entführungsgeschichte der reichen Mrs. Vannerman und des Geistlichen A. W. Green aus Hunton soll ein trauriges Ende genommen haben. Die beiden Liebenden flüchteten, wie es jetzt heißt, an Bord des nach Australien bestimmten Schiffsgelehrten „Beverly Castle“ und dieses Fahrzeug ist mit allen, die sich an Bord befanden, im Kanal gegen Gogenen gegangen. Indes beruht die Mittheilung, daß die Genannten sich unter den Passagieren befanden, vorstet nur auf der Angabe eines Schiffers in Gravesend, der einen Herrn von der Statut des Gelehrten mit einer sorgfältig verkleideten Dame an' Schiff gerufen haben will.

** Von den im vorigen Jahre überhaupt verloren gegangenen 2320 Schiffen gehören 1301 der englischen und 472 der französischen Marine an; von letzteren waren 109 Schiffe langer Fahrt und 363 Küstenschiffe. Die Kriegsmarine hat den Duqueslin, den Sans und die Stridsen verloren. Außerdem sind noch 24 französische Schiffe spurlos geworden. Verbrent sind im vorigen Jahre 9 französische, dagegen 39 amerikanische, 21 englische und 44 von anderen Flaggen, zusammen 113. Von den überhaupt untergegangenen 126 Dampfern waren 11 französische, 23 amerikanische und 38 englische.

** Die Überbrückung der Donau für die Wiener Verbindungsbahn mittels der Eisenkonstruktionen Brücke wird bis zum Frühjahr bereitgestellt sein. Diese Brücke wird auf zwei, 42 Klaffern entfernt stehenden Landstufen mit Umgehung der Witterungsfehler ruhen. Die Eisenarbeiten sind vollendet und die Landstufen nahezu hergestellt.

** Vom 1. l. Finanzministerium wird bekannt gemacht, daß das kameradschaftliche Eisenwerk in Turcia Nemete sammt Zubehör im Wege der österreichischen Versteigerung mit Vorbehalt der a. b. Genehmigung Sr. Majestät läufig an die Privatindustrie überlassen wird. Dieses Eisenwerk liegt in einem ammungreichen und waldreichen Dale innen von 13 Ortschaften betriebssamer Einwohner der Kameradschaft Ungar im nördlichen Theile des Sambore Kreis in Galizien grenzenden Ungar Komitate im Königreiche Ungarn. — Als Ausfuhrpreis ist der Betrag von 84.000 fl. angenommen.

— Mit Beziehung auf die Erlasse vom 4. und 12. August 1859 wird bekannt gemacht, daß mit 18. Dezember 1859 das Nebenzollamt erster Klasse Ponte Gotto mit einem in demselben Ort unmittelbar an der Grenze aufgestellten Ansageposten, dann das Nebenzollamt erster Klasse (nicht zweiter Klasse, wie in der Kundmachung vom 4. August angeführt erscheint) in Valeggio mit dem Ansageposten Botuzza und Borgo Veneto in Vicenza-Strecke zwischen Pesciera und Grazia aufgehoben, endlich das mit dem Poststufe bestehende, die Bollini, welche die jenseits des Poststufes gelegene drei Distrikte des Montuanischen Gebietes von Modena und dem Kirchenstaate scheidet, in derselben Art und mit dem Poststufe bestanden, wieder hergestellt worden ist. Die nächsten Bestimmungen hierüber, sowie über die Behandlung der Börse rathärt an ausländischen unverzollten Waren in den zeitweilig von der Bollini ausgeschlossenen gewesenen Gebietsteilen wurden mit Erlaß des Präsidiums der Finanz-Präfektur in Venetia vom 12. Dezember 1859 fungemacht.

— Die Kanisa-Pragerbofer Bahn hätte im November v. J. die Sz. Stuhlweissenburger Bahn im nächsten Februar dem Verkehr übergeben sollen, nun aber wird, wie Pest Napo heute mittheilt, die erste Bahn erst am 1. l. M. und letztere im September d. J. erbauen werden.

— Eine Verordnung der Finanzpräfektur in Venetia, zufolge werden seit Neujahr die Baglien auch in den f. f. Vertriebshäusern für Tabak, Salz und Stempelmarken im Vollwert angenommen.

— Wie aus Belgrad berichtet wird, hat die dortige Handelskammer die Veranlassung einer Industrie-Ausstellung derselbst beantragt. Eine fürstliche Verordnung decreit die Errichtung eines Handelsgerichts in Belgrad.

— Aus Petersburg, 5. Jänner, erhält die „P. u. P. Z.“ folgende interessante Mittheilung: „Das Finanzministerium hat in Folge der am 1. Jänner eintretenden Liquidation des Hauses Stieglitz und Comp. die Wechselgeschäfte für die Krone des Hauses Kappeler und Comp., unter Bürgschaft des Hauses Rothchild eintheilen übertragen.“ Das Partier Bankhaus Bonard und Comp. soll der russischen Regierung ein Anleihen von 250 Millionen Silberrubel angeboten haben.

Paris, 12. Jänner. Schlusstaxe: Iverz. Miete 68.75. — 4½ ver. 106.80. Staatsbahn 536. Credit-Mobilier 763. — London 565.

London, 12. Jänner. Consols 95½. Krakau, 13. Jänner. Die gestrige Getreide-Befuhr auf die Märkte zum Februar dem Verkehr übergeben sollen, nun aber wird, wie Pest Napo heute mittheilt, die erste Bahn erst am 1. l. M. und letztere im September d. J. erbauen werden.

— Ein hier wohl noch im unten stehenden stehende Opernsängerin, Fräulein Schnaittner, wäre in Darmstadt, wie von dorther verlaufen, fast das Opfer einer gemeinen Nachsucht geworden. Sie wurde nämlich beim Nachausein aus dem Theater angefallen und so gefährlich durch einen Messerstich verwundet, daß sie unter bedenklichem Blutverlust zehn Tage lang das Bett hüten mußte. Zweck und Ursache dieses bedauerlichen Vorganges sind unbekannt.

— Aus Petersburg, 12. Jänner. Silberrubel in polnisch Courant 110 verlangt, 108 bezahlt. — Polnische Banknoten für die Märkte des Königreichs Polen war ziemlich beschränkt, doch wurden bedeutende Vorräte für die zwei nächstfolgenden Märkte zum Verkauf angeboten. Der Käufer waren jedoch außerordentlich, so wie auch das für die nächsten Marktage angefrag

Amtsblatt.

N. 38145. **Kundmachung.** (1216, 2-3)

In der Periode vom 1. bis 15. December 1859 haben sich laut einer Mittheilung der n. ö. k. k. Statthalterei vom 20. d. Mts. 3. 4828/P. zu Wien Sechshaus, gleichnamigen Bezirk, Döbling Bezirk Hietzing, Purkersdorf sämmtlich im Kreise u. W. W. gelegen, neue Ausbrüche der Rinderpest ergeben.

Seit dem Ausbrüche der Rinderpest in Niederösterreich sind in 5 Orten des Kreises u. W. W. und in 5 Stallungen, 40 Rinder erkrankt, 8 gefallen, 32 erschlagen und 57 verdächtige zum Genüsse geschlagen worden.

Nach der Mittheilung der böhmischen k. k. Statthalterei vom 24. d. M. 3. 68080 ist die Rinderpest im Bünzlauer Kreise neuerdings in den Dörfern Strak, Wlka, Sedle, Predmüris und Altbenatek zum Ausbrüche gekommen. In dem Chrudimer Kreise blieb die Seuche aber auf die Dörfer Heindorf beschränkt, und es hat sich in selber bloß ein weiterer Erkrankungssfall ereignet.

Vom Beginn der Seuche in Böhmen bis zum 17. d. Mts. wurden in 2 Kreisen und 9 Dörfern bei einem Viehstande von 1675 Stücken 60 rinderpestkrank Rinder ausgewiesen; von diesen sind 25 gefallen, 31 wurden im offenbar starken Zustand getötet und 4 verblieben noch in der Contumaz.

Diese Nachrichten über die Verbreitung der Rinderpest werden zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Von der k. k. Landesregierung.

Krakau, am 31. December 1859.

Edict. (1224, 2-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird über das gesammte wo immer befindliche bewegliche, dann über das allenfalls in den Kronländern in welchen die Civil-Jur.-Norm. vom 20. November 1852 Nr. 251 R. G. B. wirksam ist, befindliche unbewegliche Vermögen des Markus Lehrfreund, Handelsmannes in Krakau, der Concurs eröffnet — zum Vertreter der Concursmasse Advokat Dr. Alth mit Substitution des Advokaten Dr. Blitzfeld; zum einstweiligen Vermögensverwalter Leibel Frenkel ernannt; zur Wahl eines definitiven Concursmasseverwalters die Tagsatzung auf den 16. März 1860 um 10 Uhr Vormittags bestimmt.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche was immer für eine Forderung an den Verschuldeten zu stellen haben, aufgefordert, ihre Ansprüche wider den bestellten Concursmassevertreter bis längstens 15. März 1860 bei diesem k. k. Landesgerichte als Concurs-Instanz mittel einer schriftlichen Klage anzumelden und in derselben nicht nur die Richtigkeit der Forderung, sondern auch das Recht, auf die Klasse oder auf den Vorzug vor allen Gläubigern dazuthun, wibrigens dieselben von dem vorhandenen oder etwa zuwachsenden Vermögen, so weit solches die sich meldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigenthums oder Pfandrechtes oder eines ihnen zustehenden Compensations-Rechtes abgewiesen und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Masse — angehalten werden würden.

Krakau, am 9. Jänner 1860.

Edict. (1210, 2-3)

Vom k. s. Bezirksamte als Gericht in Niepolomice wird im Nachhange zu den unterm 25. Juni 1859 3. 1399 ex 1858 erlassenen Edicte dem Peter Nosal aus Wola batorska bekannt gegeben, daß statt des jetzt verstorbenen Anton Ptak, ihm ein Curator in der Person des Johann Siwek mit Substitution des Stefan Koldziej beigegeben wird.

Vom k. s. Bezirksamte als Gericht.

Niepolomice, am 13. December 1859.

Kundmachung. (1229, 2-3)

Zur Verpachtung der an der Kirche und den Pfarrgebäuden in Raycza erforderlichen und mit 579 fl. 22 kr. EM. veranschlagten Herstellungen wird in Folge h. k. kreisbehördlichen Erlasses vom 14. November 1859 3. 13981 die neuwerliche Licitation am 17. Jänner 1860 Vormittags 10 Uhr in der hiesigen Amtsanzlei abgehalten werden.

Das vor der Licitation zu erlegende Badium beträgt 70 fl. ö. W. Die Bedingnisse werden bei der Licitation einzusehen sein.

Vom k. k. Bezirksamte.

Milówka, am 29. December 1859

Edict. (1241, 1-4)

Vom k. k. priv. Großhändler in Wien.

Rundmachung

der kais. königl. privil. galizischen

CARL LUDWIG - BAHN.

Bierzanów und Niepolomice

auch für den Eilgut-Berkehr, und die Anhalts-Stationen

Bogumiłowice und Czarna

für den unbeschränkten Personen-Gepäck- und Eilgut-Berkehr,

bis auf Weiteres zu eröffnen.

Vom 1sten Februar 1860 an,

findet in den genannten 4 Stationen die Aufnahme und Beförderung von Personen, Gepäck und

Eilgut, nach uns von allen Stationen der eigenen Bahn, sowie nicht minder des Gepäcks und

Eilgutes, auch nach und von allen Stationen der Kaiser Ferdinands-Nordbahn statt.

Wien, am 30. December 1859.

Von der k. k. priv. galiz. Carl-Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

von Krakau nach Przeworsk

Station

Personenzug N. 1 Gemischter Zug N. 3

Ankunft Abgang Ankunft Abgang

St. M. St. M. St. M. St. M.

Krakau Bierzanów Podlęze Kłaj Bochnia Słotwina Bogumiłowice Tarnów Czarna Dębica Ropczyce Sędziszów Trziana Rzeszów Lanicut Przeworsk

von Krakau nach Wieliczka

Gemischter Zug Nr. 17

Station Ankunft Abgang

St. M. St. M.

Krakau 11 22 11 25 Wieliczka 11 40 Worn.

Bierzanów 11 22 11 25 Wieliczka 11 40 Worn.

Podlęze 2 10 2 20 Wieliczka 2 30 Nachm.

Niepolomice 2 30 Nachm.

von Wieliczka nach Niepolomice

Gemischter Zug Nr. 18

Station Ankunft Abgang

St. M. St. M.

Krakau 11 22 11 25 Wieliczka 11 40 Worn.

Bierzanów 1 42 1 45 Wieliczka 1 30 Nachm.

Podlęze 2 10 2 20 Wieliczka 2 30 Nachm.

Niepolomice 2 30 Nachm.

Anmerkung.

Der Personenzug Nr. 1 steht in Verbindung von Wien, Brünn, Olmütz, Troppau, Bielitz, Granica und Myslowitz.

dtto. Itr. 2 dtto. nach Wien, Brünn, Olmütz, Troppau, Bielitz.

Die gemischten Züge Nr. 18 und 19, verkehren nach Erforderniß.

(601. 4)

In der Buchdruckerei des "CZAS."

Zur Beachtung!

Wir machen hiermit bekannt, daß wir auf

alle bei uns gekauften

Collerie-Effekten,

wie: Credit-Lose, Dampfschiffahrt's-

Lose, St. Genois, z. e. namhafte,

zu den billigsten Bedingungen

berechnete

Vorschüsse

geben, und uns auch zum Ein- und Verkauf

aller sonstigen Staats- und Industrie-Papieren

bestens empfehlen. Aufträge werden eingefüllt

ausgeführt. Wien, im Jänner 1860

Jaques Leon's Söhne,

k. k. priv. Großhändler in Wien.

Rundmachung

(1239, 1-3)

Rundmachung

der kais. königl. privil. galizischen

CARL LUDWIG - BAHN.

Bierzanów und Niepolomice

auch für den Eilgut-Berkehr, und die Anhalts-Stationen

Bogumiłowice und Czarna

für den unbeschränkten Personen-Gepäck- und Eilgut-Berkehr,

bis auf Weiteres zu eröffnen.

Vom 1sten Februar 1860 an,

findet in den genannten 4 Stationen die Aufnahme und Beförderung von Personen, Gepäck und

Eilgut, nach uns von allen Stationen der eigenen Bahn, sowie nicht minder des Gepäcks und

Eilgutes, auch nach und von allen Stationen der Kaiser Ferdinands-Nordbahn statt.

Wien, am 30. December 1859.

Von der k. k. priv. galiz. Carl-Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

von Przeworsk nach Krakau

Station

Personenzug N. 2 Gemischter Zug N. 4

Ankunft Abgang Ankunft Abgang

St. M. St. M. St. M. St. M.

Przeworsk 9 36 9 41 — — —

Łancut 10 10 10 20 Nachm. 2 15

Rzeszów 10 43 10 45 2 46 2 47

Trziana 11 3 11 8 3 10 3 20

Sędziszów 11 20 11 23 3 36 3 38

Ropczyce 11 43 11 48 4 3 4 12

Dębica 12 6 12 7 4 34 4 35

Czarna 12 40 12 48 5 17 5 30

Tarnów 1 29 1 33 6 23 6 30

Bogumiłowice 1 53 1 58 6 55 7 2

Słotwina 2 13 2 13 7 22 7 23

Kłaj 2 28 2 31 7 42 7 45

Podlęze 2 46 2 47 8 5 8 6

Bierzanów 3 — Nachm. 8 24 Abends

Krakau 3 — Nachm. 8 24 Abends

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 1. August 1859.

Abgang von Krakau

Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittag.

Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.

Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh,

Bis Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.

Nach Myslowitz 5, 40 Früh, (Ankunft 12, 1 Mittags); nach Przeworsk 10 Uhr 30 Vorm. (Ankunft 4, 30 Nachm.)

Nach Wieliczka 11, 40 Vormittags.

Nach Krakau 7 Uhr Morgens, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

Abgang von Ostrau

Nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

Abgang von Myslowitz

Nach Krakau 1 Uhr 20 M. Nachm.

Abgang von Szczakowa

Amtsblatt.

3. 17612. **Edict.** (1202. 1-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird hiermit bekannt gemacht, daß über Ansuchen des Hrn. Johann Nieprzecki zur Befriedigung der, im Lastenstande der dem Hrn. Stanislaus Grafen Szembek eigenhümlich gehörigen, in Krakau Nr. 117 Gde. IX. gelegenen, n. 15 on. zu Gunsten des Hrn. Johann Nieprzecki intabulirten Forderung von 6000 fl. sammt 5% Zinsen vom 29. October 1846 den bereits zuerkannten Gerichts- und Executionskosten pr. 39 fl. EM. 9 fl. 24 gr. 11 fl. EM. 6 fl. 3 gr. 14 fl. 17 fl. EM. 6 fl. 4 gr. 10 fl. EM. 9 fl. 7 gr. 14 fl. und 192 fl. 15 gr. 12 fl. 75 kr. ö. W. 22 fl. ö. W. und den gegenwärtig im gemäßigteten Betrage von 11 fl. 61 kr. ö. W. zuerkannten weiteren Executionskosten, die öffentliche executive Feilbietung der Realität Nr. 117 Gde. IX. bewilligt und solche in drei Terminen, nämlich: am 10. Februar, 8. März und 12. April 1860 jedesmal um 10 Uhr Vormittags, hiergerichts unter nachstehenden Bedingungen abgehalten werden wird:

1. Zum Ausrufspreise wird der im Wege der executionen Schäzung ausgemittelte Schäzungswert dieser Realität im Betrage von 6275 fl. 74 kr. ö. W. angenommen.
 2. Jeder Kauflustige hat den zehnten Theil des Schäzungswertes, das ist die Summe von 627 fl. ö. W. im Baaren oder in k. öster. Staatsobligationen oder in Pfandbriefen der gal. ständ. Creditsanstalt sammt den hierzu gehörigen Coupons nach dem Curve der am Tage der Feilbietung aus der, von dem Kauflustigen mitzubringenden und dem Licitations-acte bezüglichen „Krakauer Zeitung“ vom nächst vorhergehenden Tage zu entnehmen sein wird und den Nennwert der Staatsobligationen oder Pfandbriefe nicht übersteigen darf als Badium zu Händen der Licitationscommission zu erlegen, welches, wenn es baar erlegt wird, dem Ersteher in das erste Drittel des Kaufpreises eingerechnet, den übrigen Kauflustigen aber nach beendiger Licitation allsogleich zurückgestellt werden wird.
 3. Die Einrechnung des in Staatsobligationen und Pfandbriefen erlegten Badiums in dem Kaufpreis findet nicht Statt.

4. Der Ersteher ist verpflichtet den dritten Theil des Meistbotes gegen Rücknahme des in Staatsobligationen oder Pfandbriefen und Abzug des im Baaren erlegten Badiums binnen 30 Tagen nachdem der Feilbietungsact zur Wissenschaft des Gerichtes genommen und dieser Bescheid ihm zugestellt wird, zu Gericht zu erlegen, worauf ihm der Besitz der erstandenen Realität auf seine eigene Kosten übergeben werden wird.

5. Die übrigen zwei Drittel des angebotenen Kaufpreises hat der Ersteher binnen 30 Tagen nach Rechtkraft der Zahlungstabelle der zu dem Kaufpreise konkurrierenden Gläubiger dieser Zahlungstabelle gemäß zu bezahlen, inzwischen aber von diesem Kaufschilling die Zinsen zu 5% vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes halbjährig decursive in das gerichtliche Depositentat zu erlegen.

6. Der Ersteher hat vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes jener Realität die darauf haftenden Steuern und sonstigen öffentlichen und Gemeinde-Abgaben zu tragen, wie auch jene Lasten, deren Zahlung die Hypothekargläubiger vor dem bedungenen oder gesetzlichen Aufkündigungstermine nicht annehmen wollten, nach Maß des angebotenen Kaufpreises zu übernehmen.

7. Nach Ertrag des ersten Drittels des Kaufpreises wird dem Ersteher auch ohne sein Ansuchen das Eigenthumsdecreet bezüglich jener Realität ertheilt derselbe auf sein Ansuchen und auf seine Kosten als Eigentümer im Activstande dieser Realität intabulirt und dessen Verbindlichkeit die übrigen zwei Dritteln des Kaufpreises sammt 5% Zinsen der fünften Licitationsbedingung gemäß zu bezahlen, gleichzeitig im Lastenstande jener Realität sicher gestellt; hingegen werden die im Lastenstande dieser Realität haftenden Lasten mit Ausnahme derjenigen, welche die Gläubiger beim Ersteher zu belassen sich erklären und vorüber Lechterer sich bei Überreichung des Gesuches und Intabulation seines Eigenthumsrechtes ausgewiesen haben wird, extabulirt und auf den erlegten und intabulirten Kaufpreis übertragen. Die Gebühren für die Übertragung des Eigenthums, für die Intabulation des Ersteher als Eigentümer und für die Sicherstellung des Kaufpreises, hat der Ersteher aus Eigenem ohne Anspruch auf Ersatz zu berichten.

8. Sollte die Realität auch bei dem dritten Termine nicht um einen solchen Preis an Mann gebracht werden können, wodurch sämtliche Gläubiger gedeckt wären, so wird in Gemäßheit des Hofdecrets vom 25. Juni 1824 Nr. 2017 J. G. S. für diesen Fall die Tagfahrt auf den 12. April 1860 um 11 Uhr Vormittags, zur Einvernehmung der Gläubiger nach §§. 148—152 G. O. und Festsetzung der erleichternden Bedingungen bestimmt, dann ein weiterer Feilbietungstermin festgesetzt und bei diesem die Realität auch unter dem Schäzungswerte um jeden Preis hintangegeben werden wird.

9. Sollte der Käufer irgend einer Licitationsbedingung nicht Genüge leisten, so wird auf seine Gefahr und Kosten ohne seiner Einvernehmung die Recitation ohne einer neuen Schäzung in einem einzigen Termine vorgenommen, bei welchem diese Realität um

jeden Preis auch unter dem Schäzungswerte verkauft werden wird, und der vertragsbrüchige Käufer bleibt für jeden heraus entspringenden Schaden nicht nur mit seinem Bodium, sondern auch mit seinem ganzen Vermögen verantwortlich.

10. Hinsichtlich der auf dieser Realität haftenden Lasten, Steuern un sonstigen Abgaben werden die Kauflustigen an das Hypothekenamt und Steueramt gewiesen. Der Schäzungssact kann in der hiergerichtlichen Registratur eingefehen werden.

Von dieser Feilbietungsausschreibung werden die Interessenten und die dem Wohnorte nach bekannte Hypothekargläubiger zu eigenen Händen, dann die Depositenten des Karl Mazaraki und die allenfalls dem Namen und Wohnorte nach unbekannten Erben des Karl Mazaraki, wie auch sämtliche Hypothekargläubiger, die nach dem 11. October 1858 in die Hypothek gelangen sollten, oder denen der gegenwärtige Bescheid gar nicht, oder nicht rechtzeitig zugestellt werden könnte, durch den zum Curator bestellten Advokaten Hrn. Dr. Mraczek, mit Substitution des Advokaten Hrn. Dr. Biesiadecki verständigt.

Krakau, am 13. December 1859.

Obwieszczenie.

Krakowski c. k. Sąd krajowy wiadomo czyni, iż w skutek prośby P. Jana Nieprzeckiego celem zaspokojenia summy w stanie biernym realności w Krakowie Nr. 117 Gm. IX. pod n. 15 on. na rzecz podającego hypothecznie zabezpieczonej w kwocie 6000 złp. wraz z odsetkami po 5% od 29go Października 1846 liczy się mającemi kosztami sądowemi i egzekucyjnemi w ilości 39 złr. mk. 9 złp. 24 gr. 11 złr. mk. 6 złp. 3 gr. 14 złp. 17 złr. mk. 6 złp. 4 gr. 10 złr. mk. 9 złp. 7 gr. 14 złp. 192 złp. 15 gr. 12 złr. 75 kr. w. a. 22 złr. w. a., na koniec obecnie w ilości 11 złr. 61 kr. w. a. przyznanych kosztów, przymusowa sprzedaż realności Nr. 117 Gm. IX. położonę do P. Stanisława hr. Szembeka należącej w trzech terminach, mianowicie: 10. Lutego, 8. Marca i 12. Kwietnia 1860, każdą razą o godzinie 10. przedpołudniem w tutejszym c. k. Sądzie pod następującymi warunkami odbędzie się:

1. Cenę wywołania wynosi wartość szacunkowa tejże realności, według oszacowania tejże realności, podług oszacowania sądowego na 6275 złr. 74 kr. w. a. ustanowiona.

2. Cenę kupna mającą jako wadium do rąk komisyi licytacyjnej złożyć winien 10ta część wartości szacunkowej t. j. 627 złr. w. a. w gotówce, albo też w ces. austr. obligacyach Państwa, lub też w listach zastawnych galic. stanowego Towarzystwa kredytowego, wraz z należnimi kuponami, a to podług kursu przed dniem odbycia licytacji gazetą urzędową („Krakauer Zeitung“) objętego przez strony licytujące do aktu licytacji dołączyć się mającą: kurs obligacyi i listów zastawnych niemoże jednak przewyższać wartości nominalnej papierów tych. Wadium w gotówce złożone nabywcy w pierwszą trzecią część ceny kupna wliczonem, innym zaś licytantom po ukończeniu licytacji, natychmiast zwróconem zostanie.

3. Obligacye Państwa lub też listy zastawne złożone jako wadyum w cenę kupna wliczonem mię by niemoga.

4. Nabywca zobowiązany jest, trzecią część ceny kupna (za odebraniem wadyum złożonego w papierach Państwa lub listach zastawnych) jednakże za potrąceniem wadyum w gotówce złożonego) w przeciągu dni 30. aktu licytacji do wiadomości Sądu przyjętym i rezolucją w tym względzie mu doręczoną zostanie, do depozytu sądowego złożyć, poczem w fizyczne posiadanie nabytej realności na jego koszt oddaném mu będzie.

5. Drugie dwie trzecie części ceny kupna wypłaciły nabywca w 30. dniach po prawomocności tabeli płatniczej wierzycieli o cenie kupna się ubiegającym, podług tejże tabeli póki zaś to nie nastąpi od ceny kupna procent po 5 od sta, od dnia oddania mu tej realności w fizyczne posiadanie w półrocznych ratach dekursive, do depozytu sądowego składając będzie.

6. Nabywca obowiązany będzie od dnia oddania mu realności w fizyczne posiadanie podatki i inne publiczne i gminne należności opłacać również jak i owe ciężary hypothecne, których wyplaty wierzyciele przed umówionym albo w prawnym terminie wypowiedzenia odebraćby niechcieli, w miarę ceny kupna przyając.

7. Po złożeniu pierwszej trzeciej części ceny kupna, dekret dziedzictwa tejże realności, nawet bez poprzedniego żądania wydanym, zintabulowanie go jednak w stanie czynnym, jako właściciela na jego prośbę i koszta nastąpi, równocześnie obowiązek zapłacenia dwóch trzecich części ceny kupna wraz z odsetkami po 5% stosownie do warunku 5. licytacji w stanie biernym tejże realności zabezpieczonym zostanie, ciężary za hypothecne tejże realności z wyjątkiem tych, które wierzyciele przy realności pozostawić zezwola, a które nowo nabywca przy wniesieniu podania o intabulację praw własności wykażąc winien, wyextabulowanemi i na złożoną i in-

tabulowaną cenę kupna przeniesionemi zostaną. Należności za przeniesienie własności za intabulację nabywcy jako właściciela i za ubezpieczenie ceny kupna nabywca ze swoich funduszów bez pretensi w roku, opłacić winien.

8. W razie gdyby realność ta, na trzecim terminie za cenę, z którejby wierzyciele zaspokojonemi zostali, sprzedana nie była, stosownie do dekretu nadwornego z dn. 25. Czerwca 1824 Nr. 2017 Z. U. S. i w myśl §. 148 do 152 P. S. do wysłuchania wierzycieli i ułożenia latwiejszych warunków licytacyi, termin na 12. Kwietnia 1860 o godzinie 11tej przedpołudniem z tym dodatkem wyznacza się, że następnie realność ta w jednym terminie nawet niżej ceny szacunkowej za jakakoliekadż cenę sprzedaną będzie.

9. W razie gdyby nabywca któryremukoliek z warunków licytacyi zadość nieuczynił natenczas na jego strate i koszt relicytacya bez poprzedniego nowego oszacowania w jednym terminie przedsięwziętą zostanie i na tym realności ta za jakakoliek cenę, niżej ceny szacunkowej sprzedaną zostanie, a nabywca niedotrzymując warunków powyższych, za wszelką możliwą zasadą powstać mogąca strate nietylkō wadium ale całym swoim majątkiem odpowiedzialnym zostanie.

10. Względem długów hypothecznych podatków i innych należności na realności tej ciążących chęć kupna mający odseleja się do urzędu hypothecznego i podatkowego; akt szacunkowy może bydż w registraturze tutejszej przezanym.

O rozpisaniu tej licytacyi, zawiadomienie otrzymują strony interesowane, oraz massa depozytowa, po s. p. Karolu Mazarakim, jakotż z imienia i miejsca pobytu niewiadomi spadkobiercy Karola Mazarackiego, równie jak i wszyscy wierzyciele hypothecni, którzy po 11. Października 1858 do hypoteki weszli, lub też którymby obecna uchwała zupełnie, albo też doszło wcześniej doreczona bydż niemogła, do rąk ustanowionego kuratora Adwokata Dra Mraczka, którego zastępca jednocośnie Adwokat Dr Biesiadecki mianowaniem zostaje.

Kraków, dnia 13. Grudnia 1859.

Kundmachung. (1178. 1-3)

Vom k. k. Kreisgerichte in Neu-Sandez wird über Einschreit der Direction der ersten öster. Sparkasse in Wien vom 23. Juli 1859 Z. 4488 die vom Wiener k. k. Landesgerichte unterm 4. Mai 1858 Z. 23095 zur Befriedigung der von der Direction der ersten öster. Sparkasse wider Anastasius Ritter v. Siemoński ersiegten Forderung von 21531 fl. 4 kr. EM. oder 22607 fl. 61 kr. öster. Währ. sammt 5% Zinsen seit 1. Mai 1856, dann der älteren Zinsen und Kostenstandes pr. 1437 fl. 8 kr. EM. oder 1508 fl. 99 kr. öster. Währ. der weiteren Einbringungskosten bewilligte zwangswise Feilbietung der im Sandez Kreise liegenden dem Hrn. Anastasius Ritter v. Siemoński gehörigen Güter Milkowa sammt Zugehör Załeże, Zbék und Jelna dann dessen Gutsanteile Przydonica hiemt ausgeschrieben, welche Feilbietung in zwei Terminen d. i. am 27. Februar und 29. März 1860 jedesmal um 10 Uhr Vormittags hiergerichts abgehalten werden wird, und zwar unter nachstehenden Bedingungen:

1. Die genannten Güter werden sammt allen dazu gehörigen Gebäuden, Grundstücken und Gerechtsamen überhaupt mit allen Zugehör in Pausch und Bogen jedoch mit Ausschluss der für die aufgehobenen Grundlasten bereits ermittelten und zugewiesenen Entschädigung verkauft.

2. Zum Ausrufspreise wird der gerichtlich erhobene Schäzungswert dieser Güter im Betrage von 82577 fl. 40 kr. EM. oder 86705 fl. 70 kr. ö. W. angenommen, unter welchem Werthe bei den zwei ersten Feilbietungstagsfahrten die Güter nicht hingangegeben werden.

3. Jeder Kauflustige hat vor Stellung eines Anbotes 10% des Schäzungswertes, in runder Summe 8300 fl. EM. oder 8715 fl. ö. W. im Baaren, oder in öffentlichen auf den Ueberbringer lautenden Staatschulverschreibungen, oder in galizisch-ständischen Pfandbriefen, in den gedachten Werthpapieren aber nur nach dem letzten vom Meistbietezer auszuweisenden Curve und nicht über deren Nennwert, als Badium zu Händen der Feilbietungs-Commission zu erlegen. — Das Badium des Ersteher wird zur Sicherstellung der Erfüllung der Feilbietungsbedingungen zurückbehalten, das der übrigen Mithinter aber, gleich nach beendet Feilbietung zurückgestellt werden.

4. Der Kaufschilling ist in zwei gleichen Raten, die erste binnen 30 Tagen nach Zustellung des den Feilbietungsact zu Gericht annehmenden Bescheides, die zweite binnen 30 Tagen nach zugestellter Zahlungsordnung und in Gemäßheit derselben durch baaren Ertrag an das k. k. Depositenten des Kreisgerichtes zu Neu-Sandez, oder durch Uebernahme von, nach Maßgabe des Meistbotes zur Befriedigung gelangenden Sakposten, zu berichtigen, wobei dem Käufer unbenommen bleibt, den ganzen Kaufschilling auch früher auf einmal oder in kürzeren Fristen, so weit keine Aufkündigung im Wege steht, zu berichtigen. Jene aus dem Meistbote zur Befriedigung gelangenden Sakforderungen aber, deren Zahlung vor Ablauf der etwa bedungenen Aufkündi-

gungsfrist nicht angenommen werden wollen, hat der Käufer in seine Zahlungspflicht zu übernehmen und über des Diesfällige, so wie über ein etwaiges anderweitiges mit den Gläubigern getroffenes Über-einkommen binnen der obigen Frist sich auszuweisen.

5. Sobald der Käufer die erste Rate des Kaufschillings erlegt hat, werden ihm über dessen Anlagen und auf seine Kosten diese Güter in physischen Besitz übergeben seit welcher Zeit alle Steuern, Gemeinde-gaben und öffentlichen Lasten so wie alle Gefahren insbesondere des Feuers und Wassers, ihn treffen.

6. Nach vollständiger Berichtigung des Kaufschillings, und rücksichtlich nach erfolgter Genehmigung des hierüber zu erstattenden Ausweises steht es dem Käufer bevor, um die gerichtliche Einantwortungs-urkunde anzulangen, und sohin die bürgerliche Eintragung seines Eigentumsrechtes zu erwirken. Die für die Übertragung des Eigentums zu entrichtende Gebühr ist vom Ersteher allein und aus Eigenem zu bestreiten.

7. Sollte der Ersteher die hier gestellten Zahlungsbedingungen nicht erfüllen, so steht es der Execution führenden Direction frei, die Realität auf ihre Gefahr und Kosten auch bei einer einzigen Feilbietung und selbst unter dem Schäzungswerte hintangeben zu lassen in welchen Falle das erlegte Angel und die allenfalls von dem ersten Ersteher geleisteten weiteren Zahlungen zur Sicherstellung für die demselben obliegende Haftung zu dienen haben, und ihm nur dann und in dem Maße zurückgestellt werden, als bei der Wiederversteigerung sich keine solche Haftung und Ersatzpflicht herausstellt.

8. Würden weder bei dem ersten, noch bei dem zweiten Feilbietungstermine die Güter um oder über den Schäzungswerte nicht veräußert werden, so wird für diesen Fall zur Festlegung der erleichternden Feilbietungsbedingungen die Tagfahrt auf den 29. März 1860 um 4 Uhr Nachmittags anberaumt und hiezu sämtliche Hypothekargläubiger der Güter mit dem Beifügen hiergerichts zu erscheinen vorgeladen, daß die Ausbleibenden der Stimmenmehrheit der Erstehernden für beitreten werden angesehen werden.

9. Den Kauflustigen wird gestattet, den Landtafelauflug, Schäzungssact und das öconomiche Inventar der Güter in der hiergerichtlichen Registratur einzusehen oder abschriftlich zu erheben.

Von dieser Licitations-Ausschreibung werden verständigt: a) Anastasius Siemoński, b) sämtliche dem Wohnorte nach bekannten Gläubiger zu eigenen Händen, c) die dem Wohnorte nach unbekannten Gläubiger Samuel Brannberg, Rudolph Theodor Seliger, Anton Nawrath, Emma v. Czarada geborne v. Vlachowsky, Georg v. Czarada, Wilhelm Zipser, Theodor Bohm und Kajetan Fichtel, ferner jene Gläubiger welche mit ihren Forderungen entweder nach dem 13. April 1858 in die Landtafel gelangt waren, oder denen die gegenwärtige Feilbietungsausschreibung aus was immer für einem Grunde gar nicht oder nicht rechtzeitig zugestellt werden konnte, mittels des ihnen zur Wahrung der Rechte derselben, sowohl bei den Feilbietungstagsfahrten als auch bei den nachfolgenden gerichtlichen Acten bestellten Curator Hrn. Dr. Bersohn mit Substitution des Adwokata Hrn. Dr. Micewski und durch gegenwärtiges Edict.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Neu-Sandez, am 14. November 1859.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd obwodowy w Nowy-Sączu rozpisuje niniejszym w skutek podania Dyrekcyi pierwszej austriackiej kaszy oszczędności w Więdniku z dnia 23. Lipca 1859 do L. 4488 sprzedaż przymusową dóbr Milkowy oraz z przyległościami Załeże, Zbék i Jelna, tudzież częścią dóbr Przydonica w Obwodzie Sądeckim położonych, Pana Anastazego Siemońskiego własnych, przez Wiedeński Sąd krajowy pod dniem 4go Maja 1858 do L. 23095 dozwoloną, w celu zaspokojenia wierzytelności przez Dyrekcyi pierwszej austriackiej kaszy oszczędności przeciw Siemońskiemu Anastazemu wywalczoną, w ilości 21531 złr.

ich ostatniego przez kupiciela udowodnić się mającego kursu. Zakład przez kupiciela złożony jako rękojma dopełnienia warunków licytacyjnych zatrzymywanym, innym zaś zaraz po ukończeniu licytacji zwróconym zostanie.

4. Kupiciel obowiązany jest uiścić cenę kupna w dwóch równych ratach, a to: pierwszą ratę zaraz w 30 dniach po doręczeniu mu uchwały sądowej akt licytacji stwierdzającej, drugą zaś ratę w 30 dniach po doręczeniu mu tabeli płatniczej i stósownie do tejże, albo złożeniem gotówki do depozytu tutejszego Sądu, albo też przez przyjęcie na siebie obowiązku wypłacenia wierzycielu w miarę ofiarowanej ceny kupna wchodzących, jednakże kupicielem wolność się zostawia, całkowitą cene kupna nawet i wcześniej od razu, lub też w krótszych terminach, o ile żadne wypowiedzenie w drodze stać niebędzie, zapacić.

Kupiciel dalej obowiązany będzie, pretensye w cenie kupna wchodzących owszy wierzycielu, któryby przed umówionym terminem wypowiedzenia, takowych wypłaty przyjąć niechcieli, na siebie przyjąć i w tej mierze, jakotż o innym może z wierzycielami zrobionym układzie, w przeciągu wyższego terminu przed Sądem tutejszym wykazać się.

5. Jak tylko kupiciel pierwszą ratę ceny kupna do depozytu sądowego złoży, natenczas mu na jego żądanie kupione dobra jednakże tegoż w własnym kosztach w fizyczne posiadanie oddane zostaną i od tego czasu wszelkie po-datki, daniny gminne i publiczne ciężary kupiciela sam ponosić ma, niemniej także wszelkie niebezpieczeństwa, a szczególnie z ognia i wylewu wody pochodzące.

6. Po uiszczeniu całkowitej wypłaty ceny kupna czyli raczej po zatwierdzeniu w tej mierze przedłożyć się mającego wykazu, przysłuwać będzie kupicielowi prawo żądania wydania dekretu własności kupionych dóbr i uzyskania intabulacji tychże praw własności. Oplatę od nabycia własności kupionych dóbr wymierzyć się mająca, sam kupiciel z własnego majątku uiścić ma.

7. Gdyby zaś kupiciel powyższych warunków względem wypłaty nie wypełnił, natenczas na żądanie Dyrekcji egzekucyjnej prowadzącej, licytacja dóbr w mowie będących, na koszt i niebezpieczeństwa ugodę lamiącą kupiciela w jednym tylko terminie, nawet niżej ceny szacunkowej rozpisana i przedsięwzięta będzie, w którymto razie kupiciel nietylko złożonym zakładem, ale nawet jeżeliby już przez niego jakie dalsze wypłaty złożone były, również i temiz odpowiadzialnym staje się, i takowe temuż tylko natenczas i w takię mierze zwrócone zostaną, o ile przy relicytacji żadna tak wysoka odpowiedzialność i obowiązek wynagrodzenia nie okaze się.

8. Na wypadek jednak, gdyby te dobra w pierwszych dwóch terminach nad, a przynajmniej w cenie szacunkowej sprzedanemi być nie mogły, natenczas do wysłuchania wierzycieli celem ułożenia późniejszych warunków licytacyjnych stanowi się termin na dzień 29. Marca 1860 o 4tej godzinie popołudniu, w którymto terminie wszyscy hypothecni wierzyciele tem pewniej w Sądzie tutejszym stawić się mają, albowiem niestawiający, za przystępujących do większości głosów obecnych wierzycieli uważani będą.

9. Wyciąg tabularny akt szacunkowy i inwentarz ekonomiczny, chcę licytowania mający w registraturze sądowej przeglądać lub w od-pisie podnieść mogą.

O rozpisaniu téj licytacyi zawiadamiają się obie strony, tudzież wszyscy na tych dobrach hypothekowani wierzyciele, a to: z miejsca pobytu wiadomi do rąk własnych, zaś z miejsca pobytu niewiadomi, mianowicie: Samuel Brannberg, Rudolf Teodor Seliger, Antoni Nawrath, Emma Czarada urodzona Vlachowsky, Jerzy Czarada, Wilhelm Zipser, Teodor Bohm i Kajetan Fichtel, jakotż ci wierzyciele, którzyby z prawami swemi po 13. Kwietnia 1858 do tabuli krajowej na te dobra weszli, niemniej i ci wierzyciele, którychby teraźniejsza uchwała licytacyi dozwalała, z jakiegokolwiek bądź powodu nie dość wcześnie, lub też wcale doręczona być niemogła, przez niniejszy edykt i przez kuratora do bronienia ich praw tak przy sprzedaży, jakotż przy wszystkich następczych złot wynikających czynnościami sądowymi, w osobie tutejszo-sądowego adwokata P. Dra Bersohna z zastępstwem adwokata Pana Dra Micewskiego im nadanego.

Z rady ces. król. Sądu obwodowego.
Nowy-Sącz, dnia 14. Listopada 1859.

3. 14908. Edict. (1221. 1-3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau wird mittelfest gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, daß über Einschreiten des Stanislaus Fürst Jablonowski de präs. 17. Juni 1859 3. 9240 zur Hereinbringung der, mittelst Zahlungsausflage ddto. 19. Mai 1856 3. 4675, wider Adam Karwacki ersiegten Wechselsumme 1500 fl. Em. in galizisch-sländischen Pfandbriefen sammt Coupons, wovon der erste am 1. Mai 1856 zahlbar, dann Gerichts- und Executionskosten mit 4 fl. 42 kr., 7 fl. 31 kr. Em. und der gegenwärtigen, im gemäßigten Betrage 18 fl. 44 kr. ö. W. zuerkannten Executionskosten, die executive öffentliche Feilbietung der, laut Hypb. Gde. XI.

vol. nov. 1 pag. 730 n. 85 on. für Adam Karwacki versicherten aus der größeren, die Barbara Mikucka n. 23 on. ob den Gütern Pogorzyce Krakauer Gebietes, betreffenden Summe 26,000 flp. abgetretenen Forde rung von 6605 flp. sammt Zinsen, bewilligt wurde, welche in drei Terminen am 9. Februar, 8. März und 12. April 1860 jedesmal um 10 Uhr Vor mittags bei diesem k. k. Landes-Gerichte vorgenommen werden wird, unter nachstehenden Bedingungen:

1. Zum Ausrufspreise, wird der Nominalwerth, der, zu verkaufenden Summe 6605 flp. oder 1651 fl. 25 kr. ö. W. angenommen, und dieselbe in den ersten zwei Terminen nur über oder um diesen Be trag, im dritten Termine aber auch unter demselben den an Meistbietern ohne, wie immer gearbeitete Gewährleistung Hintangegeben werden.

2. Feder Kauflustige ist verpflichtet als Badium 5% der zu verkaufenden Summe d. i. den runden Betrag von 83 fl. ö. W. im Baaren, oder in öffentlichen Obligationen, oder Pfandbriefen der galizisch-sländischen Creditanstalt sammt den nicht fälligen Coupons nach dem lesten, aus der „Krakauer Zeitung“ ersichtlichen Curse zu Händen der Feilbietungs Commission zu erlegen. Das Badium des Meistbieters wird zurückgehalten werden.

3. Der Meistbieder ist verpflichtet binnen 30 Tagen, nachdem der den Licitationsact genehmigende Bescheid in Rechtskraft erwacht, den Kaufschilling mit Einrechnung des baaren Badiums oder, falls dieses in Obligationen erlegt worden wäre, den ganzen Kaufpreis im Baaren an das gerichtliche Deposit zu Gunsten der Hypothekargläubiger und des früheren Eigenthümers zu erlegen — im letzteren Falle werden ihm die Obligationen oder Pfandbriefe zurückgestellt.

4. Sobald der Ersteher der dritten Licitationsbedingung wird Genüge geleistet haben, wird ihm das Eigenthumsdecrect der erkaufen Summe sammt Zinsen ausgefolgt, derselbe als Eigenthümer dieser Summe über sein Einschreiten intabulirt — gleichzeitig aber alle Superlasten extabulirt und auf den Kaufpreis übertragen werden.

Der Käufer hat die Uebertragungs- und Intabulationsgebühr aus Eigenem zu tragen.

5. Sollte der Käufer den Licitationsbedingungen nicht nachkommen, so wird er des Badiums verlustig erklärt die Relicitation der fraglichen Summe auf Verlangen des Gläubigers oder Schuldners in einem einzigen Termine auf seine Gefahr und Kosten ausgeschrieben und in diesem auch unter dem Nominalwerthe verkauft, und der vorbrüchige Ersteher über dies für den allfälligen Ausfall am Kaufpreise verantwortlich bleiben.

6. Den Kauflustigen wird freigesetzt, den Hypotheken auszug der zu verkaufende Summe und die Bedingungen in der hiergerichtlichen Registratur einzusehen. Krakau, am 12. December 1859.

N. 14908. E d y k t .

C. k. Sąd krajowy podaje do wiadomości, że w skutek podania Stanisława Księcia Jabłonowskiego z dnia 17. Czerwca 1859 do L. 9240 dla zaspokojenia summy wekslowej w kwocie 1500 zł. mk. w listach zastawnych galicyjskich razem z kuponami kosztów sądowych i egzekucyjnych w kwocie 4 zł. 42 kr. - 7 zł. 31 kr. mk. i 18 zł. 44 kr. w. a. — nakazem wypłaty z dnia 19. Maja 1859 do L. 4675 przez Ks. Stanisława Jabłonowskiego przeciw Adamowi Karwackiemu wygranych; — egzekucyjna publiczna sprzedaż należności Adama Karwackiego w ilości 6605 zł. z procentami, pochodzącej z summy Barbary Mikuckiej w ilości 26,000 zł. na dobrach Pogorzyce, obwodu Krakowskiego w księdze głównej hyp. n. 23 on. i hyp. XI. vol. n 1 pag. 730 n. 85 on. zabezpieczonej dozwoloną została, która w trzech terminach, t. j. 9. Lutego, 8. Marca i 12go Kwietnia 1860, za każdą razą o godzinie 10tej zrana w tutejszym c. k. Sądzie krajowym pod następującymi warunkami odbywać się będzie:

1. Za cenę wywoływanego przeznacza się wartość nominalną sprzedać się mającej summy 6605 zł. czyli 1651 zł. 25 kr. wal. austr., która w pierwszym i drugim terminie tylko nad, albo za tę samą kwotę, w trzecim terminie także niżej tej kwoty najwięcej dającemu bez wszelkiego zaręczenia przedaną będzie.

2. Każdy chcę kupienia mający jest obowiązany złożyć wadium 5% sprzedać się mającej kwoty, t. j. okrąglą sumę 83 zł. w. a. w gotowiznie lub w obligacyjach publicznych lub w listach zastawnych galic. stan. Instytutu kredytowego razem z kuponami jeszcze nie zapadłymi według ostatniego kursu w Gaze cir Krakowskiej (niemieckiej) do rąk komisyjnej.

3. Najwięcej dający jest obowiązany w przeciągu 30 dni po prawomocności rezolucji, akt licytacyjny zatwierdzającej cenę kupna rachując w to wadium w gotówce, lub gdyby w obligacyjach złożone było, całą cenę kupna do depozytu sądowego na rzecz wierzycieli hypothecnych złożyć, w ostatnim razie zwrócić ma się obligacyje lub listy zastawne.

4. Jak tylko nabywa trzeciom warunkowi licytacyjnemu zadość uczyni, dekret własności na summe kupioną razem z procentami jemu wydany, i on na żądanie, jako właściciel tejże zaintabulowany będzie, zarazem zaś wszystkie ciężary wymazane i na cenę kupna przesiednie będą.

Kupiciel ponosić będzie koszt intabulacji i przesiedenia własności.

5. Gdyby kupiciel warunkom licytacyi zadosyć nie uczynił, natenczas traci wadium, na żądanie wierzyciela lub dłużnika relicytacya powyżej summy w jednym terminie na jego niebezpieczeństwo i koszt rozpisana i summa ta nawet niżej wartości nominalnej sprzedaną będzie — niedotrzymujący zaś słowa kupiciela oprócz tego odpowiadzialny zostaje za wszelki niedobór w cenie kupna.

6. Chęć kupienia mającym wolno jest wyciąg hypoteki sprzedać się mającej summy i warunki licytacyi w registraturze tutejszego sądu przeglądając.

Krakow, dnia 12. Grudnia 1859.

N. 108. Kundmachung. (1228. 1-3)

Für die k. k. Salinen zu Wieliczka und Bochnia, dann für das k. k. Schwefelwerk zu Swoszowice sind noch nachstehende Materialien im Verwaltungsjahre 1860 erforderlich, wegen deren Zulieferung bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction am 27. Jänner 1860 eine Concurrenz-Verhandlung stattfinden wird, als:

Für Wieliczka:

475 Stück kieferne Stämme Kleinmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 8⁰ dick,

50 Stück tannene Stämme Mittelmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 9⁰ dick,

35 St. kief. Stäm. 3 1/2⁰ lang, am o. Ende 9⁰ dick,

165 " " 3 1/2⁰ " 10" "

Für Bochnia:

230 Stück weißbuchene Stämme 4⁰ lang, am oberen Ende 4⁰ dick,

410 Stück kieferne Stämme Mittelmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 9⁰ dick,

220 Stück tannene Stämme Mittelmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 9⁰ dick,

200 Stück tannene Stämme Kleinmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 8⁰ dick,

600 Stück Streckenzimmerholz 6⁰ am o. Ende 6⁰ dick.

Für Swoszowice:

10 Stück kieferne Stämme Großmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 10⁰ dick,

100 Stück kieferne Stämme Mittelmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 8⁰ dick,

350 Stück kieferne Stämme Kleinmaß 7⁰ lang, am oberen Ende 6⁰ dick,

400 Stück kief. Sparren 7⁰ lang, am ob. Ende 5⁰ dick,

100 " " 6⁰ lang, am ob. Ende 7⁰ dick,

Lieferungslustige werden hievon mit dem verständigt, daß sie hierauf versiegelt von Außen mit dem Worte: „Lieferungsanbot“ bezeichnete Offerte, welche mit dem zur Sicherstellung des Antrages erforderlichen Neugebiete von 10% des ganzen Offertbetrages zu versehen sind, in der k. k. Salinen-Directions-Kanzlei zu Wieliczka längstens bis 27. d. M. 1860 Mittags zwölf Uhr bei dem Herrn Amtsregister einbringen können.

Jeder Offerte hat in dem Offerte seinen Antrag mit Ziffern und Worten anzusehen, zugleich auch die Erklärung beizufügen, daß er sich den bezüglichen Licitations- und beziehungswise Lieferungsbedingungen genau unterzieht.

Auf nachträgliche, so wie auf solche Offerte, welche den vorstehenden Bedingungen nicht entsprechen, wird keine Rücksicht genommen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 9. Jänner 1860.

N. 2308. Ogłoszenie licytacyi (1231. 1-3)

realności pod Liczbą 4 w Czerny.

C. k. Urząd Powiatowy jako Sąd w Krzeszowicach, podaje do powszechniej wiadomości, iż na żądanie Maryanny Soltyks z Czerny, z dnia 7go Grudnia 1859 L. 2308 na mocę jednozgodnych wyroków był Trybunał krakowski II. Wydziału, z dnia 14. Stycznia 1853 w I. Instancyi i III. Wydziale z dnia 3. Października 1853 w II. Wydziale i ostatniej Instancyi wydanych, koncem podziału spadkobierców po niedy Szymonie Klęczek, sprzedaż przez publiczną licytacyę posiadłości włościańskiej w Czerny tutejszym powiecie, składającą się z gruntu mórg 15 i 857 □ sążni, dwóch domów, stodoli i piwnicy pod L. kons. 4, pod dniem 25. Czerwca 1859 sadowanie na 516 zł. w. a. oszczędnej, dozwolona została.

Licytacya odbedzie się dnia 28. Lutego,

dnia 13. Marca i

dnia 27. Marca 1860 zawsze o godzinie 10tej przedpołudniem, z tem nadmiennie, że jeśli rzecznego posiadłości w dwóch pierwszych terminach wedle wartości szacunkowej sprzedaną niebędzie, przy ostatnim terminie, niżej szacunku sprzedaną zostanie.

Chęć kupna mający, zechć przybyć w ozna-

czonych terminach do domu pod Liczbą kons. 4

w Czerny, zaś protokół szacunku i warunki licytacyi mogą przejrzeć w godzinach urzędowych

Sądu tutejszego.

Krzeszowice, dnia 28. Grudnia 1859.

N. 8347. Licitations-Ankündigung. (1218. 1-3)

Am 23. Jänner 1860 wird um 10 Uhr Vor mittags in den Amtsstätten der k. k. Landes-Bau direction eine Licitation zur Hintangabe der mit dem Justiz-Ministerial-Erlasse vom 3. December 1859 Z. 17642 genehmigten Baulichkeiten in dem Straßhause zu

Krakau stattfinden.

Die auszuführenden Arbeiten sind:

- a) Maurerarbeit mit Steinmechanarbeit im Betrag von 5933 fl. 43³/₁₀ kr.
- b) Zimmermanns-Arbeit 4092 fl. 24⁹/₁₀ kr.
- c) Schieferdecker-Arbeit 2527 fl. 8⁴/₁₀ kr.
- d) Spengler-Arbeit 469 fl. 82 kr.
- e) Schlosser-Arbeit 35 fl. 10 kr.

Summa 13057 fl. 68⁶/₁₀ kr.

Die genannten Arbeiten werden zu erst einzeln, dann im Ganzen verlicitirt.